

Januar 2015

Bildung im Blick» Nr. 17



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

die 17. Ausgabe von „Bildung im Blick“ widmet sich der ersten Sitzung des Nürnberger Bildungsbeirats in der neuen Stadtratsperiode, vor allem aber der sechsten Nürnberger Bildungskonferenz. Die Tätigkeit des nunmehr auf Dauer arbeitenden städtischen Bildungsbüros schließt mit der Bildungsberichterstattung, dem Bildungsbeirat und der Bildungskonferenz lückenlos an die Projektphase der ersten sechs Jahre an. Der vorliegende Newsletter dokumentiert in gewohnter Weise einige zentrale Aspekte des kommunalen Bildungsmanagements.

Eine Rekordteilnahme von über 300 Personen verzeichnete die Nürnberger Bildungskonferenz zur „Inklusiven Bildung im Lebenslauf“ am 3. Dezember im Nürnberger Gemeinschaftshaus Langwasser, die mit Unterstützung der wbg Nürnberg durchgeführt wurde. Diesem enormen Interesse tragen wir auf den folgenden Seiten mit einer ausführlichen Dokumentation des Konferenzgeschehens Rechnung, die ein Gesamtbild der facettenreichen Diskussionen vermitteln und Anstöße zum Weiterdenken und Handeln bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geben will.

Weitere Themen dieser Ausgabe sind der in Nürnberg im Herbst 2014 angelaufene Strategieprozess über die Maßnahmen des Übergangsmanagements Schule-Beruf und die jüngst von der Europäischen Metropolregion Nürnberg gegründete Beratungsagentur für kommunales Bildungsmanagement.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen das Bildungsbüro der Stadt Nürnberg.

Kommunales Bildungsmanagement

Dokumentation der 6. Nürnberger Bildungskonferenz

Begrüßungen

OB Dr. Ulrich Maly, Staatssekretär
Georg Eisenreich S. 2/3

Behinderung neu denken!

Dr. Sigrid Arnade S. 4

Empowerment und Inklusion

Prof. Dr. Georg Theunissen S. 5

Podiumsdiskussion:

Inklusive Bildung vor Ort gestalten
..... S. 6

Forum 1

Frühkindliche Bildung

Prof. Dr. Timm Albers,
Sabine Walther-Werthner S. 8

Forum 2

Schule und Eltern

Stefan Bauerfeind S. 10

Forum 3

Schulentwicklung

Prof. Dr. Jürgen Oelkers,
Ullrich Reuter S. 12

Forum 4

Berufliche Bildung

Dr. Ursula Bylinski,
Karl-Heinz Miederer S. 13

Forum 5

Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Georg Theunissen,
Michael Galle-Bammes S. 15

Forum 6

Leichte Sprache

Sonja Abend, Joachim Zweig S. 17

Dokumentation

Bildungsbeirat der Stadt Nürnberg

..... S. 19

Übergangsmanagement:

Strategiediskussion S. 23

Transferagentur Bayern stellt sich vor

..... S. 24

Impressum S. 24

Aktuell, kontrovers, relevant und zukunftsweisend:

6. Nürnberger Bildungskonferenz „Inklusive Bildung im Lebenslauf“

Ein aktuelles und kontrovers diskutiertes Querschnittsthema stand im Fokus der Nürnberger Bildungskonferenz am 3. Dezember 2014 im Gemeinschaftshaus Langwasser: „Inklusive Bildung im Lebenslauf“. Die Beteiligung von über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern spiegelte das gegenwärtig große Interesse wider. Die Themenstellung umfasste ein breites Spektrum beteiligter Institutionen im bildungsbiografischen Verlauf, eine enorme Heterogenität der Lebenslagen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und stark divergierende Perspektiven der beteiligten Akteure und Professionen. Die Tagung stellte sich der Herausforderung, diese Vielfalt aufzugreifen und die in vielen Gremien und Organisationen laufende Diskussion für Nürnberg zu bündeln, Gesprächsfäden

zu knüpfen, Impulse aufzunehmen und weiterzutragen.

Einigkeit in Vorträgen, Foren und Diskussionsbeiträgen bestand darin, dass die UN-Behindertenrechtskonvention noch längst nicht umgesetzt ist: Viel mehr gemeinsames Lernen in allen Lebensphasen ist nötig – und auch möglich. Die Wege dorthin für Nürnberg gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Organisationen zu gestalten, ist Aufgabe von Staat, Stadt, Bildungseinrichtungen sowie von Fachkräften. Diese Herausforderung muss allerdings von der gesamten Gesellschaft mitgetragen werden.

Die Bildungskonferenz fand mit freundlicher Unterstützung der wbG Nürnberg statt. ■

Texte in Leichter Sprache

Texte über die 6. Nürnberger Bildungskonferenz gibt es auch in Leichter Sprache. Damit möglichst alle Menschen verstehen, was passiert ist.

Die Texte sind alle in einem weißen Kasten mit rotem Rand. Sie sehen aus wie dieser Text. Die Texte in Leichter Sprache stehen immer über den anderen Texten. In den Texten in Leichter Sprache steht nur das Wichtigste.

Begrüßungen

Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Ulrich Maly ist der Oberbürgermeister von Nürnberg. Er findet es wichtig, dass alle Menschen mit und ohne Behinderung zusammen lernen können. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Zur Zeit wird an vielen Stellen besprochen und versucht, wie Inklusion am besten gelingen kann.

Begrifflichkeiten der Integration und Teilhabe würden zunehmend abgelöst, verbunden mit dem deutlich weitergehenden Anspruch der Inklusion als gesellschaftspolitisches Prinzip, dass nämlich die existierenden Strukturen und Lebensverhältnisse für alle ein gleichberechtigtes Leben ermöglichen. Der Inklusionsbegriff werde vielfach als „Paradiesmetapher“ verwendet, eigne sich aber auch als reale Vision einer anderen Gesellschaft.



Für Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly ist Inklusion die reale Vision einer anderen Gesellschaft.

Am 3. Dezember 2014, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, eröffnete Oberbürgermeister Ulrich Maly die sechste Nürnberger Bildungskonferenz zur Inklusiven Bildung im Lebenslauf. Er stellte fest, dass die jährliche Bildungskonferenz mit diesem aktuellen Thema eine Rekordbeteiligung von über 300 Anmeldungen erzielt habe. Dies zeige, so Maly, dass Inklusion ein ehrliches Interesse auf allen Ebenen hervorrufe und die zum Teil sehr kontroverse Diskussion in vollem Gang sei. Die bisherigen

Spannungsverhältnis zwischen Inklusion und spezialisierter Förderung

In einem Spannungsverhältnis, so Maly, stünden in der Diskussion oft Inklusion und spezialisierte Förderung. Einerseits sei die Differenzierung und Definition von Förderbedarfen hilfreich, um konkret und passgenau Hilfe leisten zu können, andererseits könne diese aber stigmatisieren und ausgrenzen. Dem gegenüber stehe die Zielperspektive vollständig inklusi-

ver Bildungseinrichtungen, in denen alle miteinander lernen und leben, die unter Umständen aber die Gefahr berge, dass besondere Lebenslagen nicht ausreichend Berücksichtigung fänden. Derzeit sei die Bildungslandschaft noch viel zu stark differenziert und gegliedert, dennoch müsse sorgfältig abgewogen werden, ob man allen Bedürfnissen an allen Lernorten gleichermaßen gerecht werden könne. Maly zeigte sich überzeugt, dass mindestens noch für geraume Zeit das inklusive und das Fördersystem parallel erforderlich seien. „Dies ist sehr teuer, aber wir sollten uns das leisten.“ Die reale Vision könne nur Schritt für Schritt umgesetzt und der Anteil gemeinsam lernender

Kinder, Jugendlicher und Erwachsener müsse in allen Phasen der Bildungsbiografie gesteigert werden. Bisher nähmen, statistisch betrachtet, inklusive Bildungssituationen im Verlauf des Lebens stetig ab – von der Kindertageseinrichtung über Grundschulen, weiterführende Schulen, berufliche Bildung, Hochschulen und Berufstätigkeit: Komme in jungen Jahren gemeinsames Lernen noch relativ häufig vor, sei dies in späteren Lebensphasen die Ausnahme. Dies könne sich nur ändern, wenn Menschen mit und ohne Behinderung von früh an das Miteinander erfahren und als normal erleben. Der Schlüssel liege daher in der frühkindlichen Bildung

Georg Eisenreich, Staatssekretär im Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst

Nach Ulrich Maly hat Georg Eisenreich gesprochen. Er gehört der Regierung Bayerns an. Er ist dort für die Schulen verantwortlich. Die Regierung möchte, dass die Förder-Schulen und die anderen Schulen besser zusammen arbeiten. Kinder mit Behinderung sollen immer unterstützt werden, egal ob sie in Förder-Schulen oder in anderen Schulen lernen. Eltern sollen noch viel besser beraten werden, damit sie die richtige Schule für ihr Kind auswählen können.

Georg Eisenreich, Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium, betonte das Ziel der Staatsregierung, Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung sollten mit- und voneinander lernen. Dies gebiete auch die Umsetzungspflicht der UN-Konvention. Dass sich die Politik in Bayern der Größe und Bedeutung dieser Aufgabe bewusst sei, habe bereits der sehr ungewöhnliche Weg einer interfraktionellen Arbeitsgruppe aller Fraktionen

und den ersten Schuljahren: „Was frühzeitig an Barrieren weggeräumt wird, bei den Kindern mit, aber auch bei den Kindern ohne Behinderung und den Eltern beider Gruppen, beeinflusst den gesamten späteren Lebensweg positiv.“

Kooperation und Vernetzung

Maly zitierte Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, der die Inklusion von Menschen mit Behinderung als eine grundlegende Aufgabe der Bundesrepublik in eine Reihe von Herausforderungen nationaler Bedeutung gestellt hatte. Ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung

von 1990, so Maly abschließend, sei vieles erzielt worden, aber die angestrebte Gleichheit der Lebensverhältnisse in Ost und West noch nicht vollständig umgesetzt. „Wenn wir in weiteren 25 Jahren auf die ‚vierte Deutsche Einheit‘, die Inklusion von Menschen mit Behinderung, blicken werden, wird vieles erreicht sein und wir werden manche Strukturen und Einrichtungen nicht mehr wiedererkennen.“ Inklusive Bildung brauche Kooperation und Vernetzung aller Akteure und Ebenen. Dazu soll nach dem Wunsch des Oberbürgermeisters auch die Nürnberger Bildungskonferenz beitragen.



Vertreter des Freistaats Bayern: Staatssekretär Georg Eisenreich

im bayerischen Landtag gezeigt, die gemeinsam einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Schule erarbeitet und diesen dann im Parlament zur Verabschiedung gebracht hatte.

Wandel und Weiterentwicklung der Förderschulen zunehmend sichtbar

Eisenreich führte aus, dass die bayerische Staatsregierung einen pragmatischen Weg der Umsetzung gewählt habe, der Bewährtes bewahren und zugleich Innovationen ermöglichen solle. Daraus resultiere eine breite Palette an Optionen. So trügen aktuell in Bayern 164 Schulen das Profil Inklusion. Kooperativer Unterricht finde bayernweit in 815 Kooperations- und 200 Partnerklassen statt. Einzelinklusion an Regelschulen unterstützten die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste. Daneben seien auch weiterhin die Förderschulen nötig, um das sonderpädagogische Know-how zu bündeln und zur Verfügung zu stellen. Dabei sei durchaus zu konstatieren, dass die Förderschulen als Lernorte sinkende Schülerzahlen verzeichneten, hingegen

steige ihre Bedeutung als Kompetenzzentren, die auf andere Lernorte, insbesondere die Regelschulen, ausstrahlen. Insofern sei ein grundlegender Wandel und eine Weiterentwicklung der Förderschulen bereits in vollem Gang und werde zunehmend sichtbar.

Entscheidend ist jedoch laut Eisenreich, dass

Eltern das ihnen obliegende Wahlrecht der Schule informiert ausüben könnten. Vernetzte überörtliche Beratung, die neben schulischen Themen auch zu Fragen der Eingliederungshilfe, der Jugendhilfe und des Sachaufwands qualifiziert Auskunft gebe, sei daher unabdingbar. Bisher wurden bayernweit 53 überörtliche „Schulberatungsstellen Inklusion“ eingerichtet – eine davon auch in Nürnberg im Jahr 2013. Ein weiterer Erfolgsfaktor sei die Intensivierung der Aus- und Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen an Regelschulen in Sachen Inklusion, da diese die Veränderung des Unterrichts gestalten und dafür entsprechende Kompetenzen erwerben müssten.

Abschließend stellte Eisenreich noch einmal die Position der Staatsregierung heraus, die große gesamtgesellschaftliche Aufgabe Inklusion pragmatisch anzugehen und dadurch reale Fortschritte zu erzielen. Sein Dank gelte auch der Stadt Nürnberg, die einen klaren Willen zur Umsetzung beweise. Man stehe gemeinsam vor einer sehr großen Herausforderung, die aber auch eine große Chance zum besseren Miteinander biete.

Behinderung neu denken! Entstehung und Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)

Vortrag von Dr. Sigrid Arnade, Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. – ISL

Sigrid Arnade setzt sich für Menschen mit Behinderungen ein. Sie hat über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und über die Menschen-Rechts-Behinderten-Konvention (UN-BRK) gesprochen. Das ist ein Vertrag. Der gilt in sehr vielen Ländern auf der Welt. Dieser Vertrag sagt: Jeder Mensch soll lernen, dass Menschen mit Behinderung wertvoll sind. Behinderung gehört zum Leben dazu. Der Staat muss dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechte nutzen können. Dazu muss der Staat mit Menschen mit Behinderung zusammen-arbeiten.

(MmB) fest. Dazu gehören nicht nur Gewalt und zwangsweise Heimunterbringung, sondern auch erzwungene Sonderbeschulung sowie nicht barrierefreie Verkehrsmittel und Wohnungen. Bereits in diesem Jahr wurden die so genannten UN Standard Rules veröffentlicht, die auf UN-Ebene die Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für behinderte Menschen darstellen. Die Standard Rules gehen inhaltlich wesentlich weiter als die spätere Behindertenrechtskonvention, sind aber nicht rechtsverbindlich.



Sigrid Arnade nahm selbst teil an den Verhandlungen zur UN-Konvention in New York.

derntenrechtskonvention, die am 3. Mai 2008 in Kraft trat. Bis heute haben sie 151 Staaten ratifiziert; Deutschland unterzeichnete sie am 26. März 2009.

Die Behindertenrechtskonvention gilt als erstes großes Menschenrechtsdokument im 21. Jahrhundert. Sie besteht aus 50 Artikeln und einem Zusatzprotokoll. Es ist bis dato die UN-Konvention, die am schnellsten verhandelt wurde und die meiste Zustimmung erhielt. Bahnbrechend war vor allem die Devise „Nichts über uns ohne uns!“ Noch nie wurde die Zivilgesellschaft so stark einbezogen. Voraussetzung war allerdings, dass diese mit „einer Stimme“ sprechen musste. Arnade, die dem Willensbildungsprozess in New York beiwohnte, berichtete anschaulich, wie schwierig es war, insbesondere auch in Bildungsfragen zu einer gemeinsamen Position zu kommen: „Zur Einigung kam es nur durch den immensen Zeitdruck.“

Die 2002 von Gerard Quinn und Theresia Degener durchgeführte UN-Studie „Human rights and disability“ verdeutlichte endgültig die Notwendigkeit einer rechtsverbindlichen Behindertenrechtskonvention. Bereits im Dezember 2001 setzten

„Konvention der Superlative – für UN-Verhältnisse blitzartiges Verhandlungstempo.“

die UN ein Ad hoc-Komitee zur Konventionsprüfung ein und im Dezember 2003 wurde ein Ausschuss beauftragt, eine Konvention zu erarbeiten. Dabei sollten MmB auch in den Regierungsdelegationen mitwirken; Deutschland war durch Theresia Degener vertreten. Im Januar 2004 legte die Arbeitsgruppe einen ersten Entwurf vor. Im August 2006 beendete das Ad hoc-Komitee seine Arbeit und im Dezember verabschiedete die UN-Vollversammlung das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, die sogenannte Behin-

Die offizielle deutsche Übersetzung wurde dann allerdings fast ohne die Beteiligung behinderter Menschen und ihrer Vertretungsorganisationen erstellt. Die Behindertenverbände kritisierten Übersetzungsfehler, und das NETZWERK ARTIKEL 3 e.V. veröffentlichte eine alternative deutsche Schattenübersetzung.

Die große Bedeutung der BRK liegt darin, dass „Behinderung“ neu definiert wird. Um dies zu veranschaulichen, geht

„In den USA kann ich nicht besser laufen, fühle mich aber weniger behindert.“

Sigrid Arnade zunächst auf historische Aspekte ein. Lange galt behindertes Leben als „lebensunwert“ und wird bis heute oft als minderwertig betrachtet. Zur Zeit des Naziterrors wurden über 300.000 behinderte Menschen ermordet und etwa 350.000 zwangssterilisiert. Auch noch in

Die „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. – ISL“ ist die Dachorganisation der Zentren für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen und der deutsche Zweig der internationalen Selbstvertretungsbewegung behinderter Menschen „Disabled Peoples’ International – DPI“. ISL und DPI definieren „Behinderung“ seit jeher nicht als medizinisches oder soziales Problem, sondern betrachten sie unter der Perspektive der Menschenrechte. Sigrid Arnade ist nicht nur Geschäftsführerin der ISL e.V., sondern auch Mitgründerin des Deutschen Behindertenrates, für den sie an Verhandlungen zur Behindertenrechtskonvention in New York (2005/06) teilnahm.

„Es war ein weiter Weg, viele Menschen aus aller Welt haben hart daran gearbeitet!“

Im Jahr 1993 stellte der UN-Sonderberichterstatter Leandro Despouy in seinem Bericht weltweit Menschenrechtsverletzungen an Menschen mit Behinderungen

den 1950er und 1960er Jahren war das Leben behinderter Menschen von Fremdbestimmung geprägt; dies wirkt bis heute nach.

Die BRK nimmt Abschied vom medizinischen Modell, das Behinderung als individuelles Defizit und als körperliche, seelische oder geistige Beeinträchtigung definiert. Mit der Anerkennung eines sozialen Modells von Behinderung rücken nun auch die gesellschaftlichen Bedingungen in den Fokus: Man ist nicht behindert, man wird behindert. Mit der Etablierung von Behinderung als Menschenrechtsthema wird Behinderung als Wechselwirkung zwischen Betroffenen

und Barrieren gesehen. Ziele im Umgang mit Menschen mit Behinderung sind nicht mehr Fürsorge oder Rehabilitation, sondern eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe. Zentrale Begriffe und Konzepte sind Inklusion, Würde, Autonomie, Partizipation, Chancengleichheit, Empowerment, Barrierefreiheit und Disability Mainstreaming.

**„Es ist normal,
verschieden zu sein.“
(v. Weizsäcker, 1993)**

Inklusion wird in Deutschland derzeit vor allem unter dem Blickwinkel der Aufnahme behinderter Kinder in die allgemeine

Schule diskutiert. Dies ist aber zu kurz gegriffen, denn Inklusion betrifft alle Lebensbereiche und alle Menschen jeglicher Altersstufe und egal welcher Herkunft.

Ziel der Behindertenrechtskonvention ist die Anerkennung behinderten Lebens in einer Gesellschaft der Vielfalt. Es ist nicht nur normal, verschieden zu sein, sondern die Gesellschaften müssen Verschiedenheit als Gewinn erkennen.

Insgesamt gibt es durch die BRK zwei radikal neue Ansätze: Behinderung wird als Menschenrechtsthema anerkannt und der Grundsatz „Nichts über uns ohne uns!“ gilt auch für die Umsetzung. ■

Empowerment und Inklusion. Wegweiser zeitgemäßer Behindertenarbeit – unter besonderer Berücksichtigung der Kinder- und Jugendarbeit

Vortrag von Prof. Dr. Georg Theunissen, Professor für Geistigbehindertenpädagogik und Pädagogik bei Autismus, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Georg Theunissen ist Professor an der Universität in Halle-Wittenberg. Er wünscht sich in seinem Vortrag, dass junge Menschen mit und ohne Behinderung sich öfter treffen und Freundschaften schließen. Andere Menschen können dabei helfen. Dazu gehören zum Beispiel Eltern oder Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendhilfe oder in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Sie können einen Platz schaffen, wo man sich treffen kann.

Für eine zeitgemäße Behindertenarbeit plädierte Georg Theunissen. Unter dem Vortragstitel „Empowerment und Inklusion“ forderte er eine Begegnung von behinderten und nicht-behinderten Menschen auf Augenhöhe. In einem Wegweiser für die Kinder- und Jugendarbeit bot der Professor aus Halle-Wittenberg Lösungen an: „Buddies“ in den Schulen, die Einbindung von Freiwilligenagenturen und eine Zusammenarbeit aller Akteure auf Nachbarschaftsebene.

In Stadtteilen oder in kleineren Gemeinden könnten „Sozialraumteams“ gebildet werden, schlug Theunissen vor. In solche Teams können Betroffene, Eltern und Freunde, Bürgerinnen und Bürger und auch Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenhilfe sehr gut eingebunden werden.

Diese Teams könnten nach Theunissens Vorschlag vier Schritte angehen:

- Erstens sehen, was es im Stadtteil gibt, zum Beispiel Jugendtreffs oder Spielplätze.
- Zweitens nach den Problemen vor Ort fragen, wenn etwa Orte schlecht von Behinderten erreicht werden können oder eine Kultur des Ausschlusses vorherrscht.
- Drittens nach den Auswirkungen fragen, ob zum Beispiel behinderte Jugendliche in die soziale Isolation getrieben werden.
- Viertens Aktionen planen und umsetzen, indem Spielplätze neu gestaltet oder neue Angebote geschaffen werden.



Georg Theunissen lehrt seit 1991 an der Uni Halle-Wittenberg.

Mit Informationsveranstaltungen können die Sozialraumteams zur Schaffung einer inklusiven Kultur beitragen, sagte Theunissen. Allein die Begegnung des Stadtteils öffne neue Räume, und inklusive Strukturen würden auf den Weg gebracht. Letztlich findet unter anderem in Kooperation von Bürgervereinen und Schulen und mit der Schaffung niedrigschwelliger Angebote im Sozialraum eine inklusive Praxis statt. Ein solches Angebot könnten so genannte Buddies sein: Behinderte und nicht-behinderte Schülerinnen und Schüler werden dabei zu Freunden („Buddies“) und unternehmen nach der Schule etwas zusammen. Inklusion findet am Nachmittag, in der Freizeit statt. Bei solchen Gelegenheiten zur Inklusion könnten sich laut Theunissen sehr gut Vereine und Freiwilligenagenturen beteiligen.

Die Sozialraumteams können dazu beitragen, Probleme zu bewältigen, die Theunissen in einer Analyse der Kinder- und

„In den Stadtteilen vor Ort müssen die Akteure noch mehr eine Haltung der Inklusion einnehmen.“

Jugendarbeit in Deutschland festgestellt hat. Er bemerkte dabei eine allgemeine Aufgeschlossenheit gegenüber Inklusion. Gleichzeitig würden aber nur wenige behinderte Kinder und Jugendliche die inklusiven Angebote der allgemeinen Kinder- und Jugendarbeit wahrnehmen. Hingegen nutzen behinderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Angebote aus der Behindertenhilfe, die zum Beispiel direkt nach dem Unterricht noch im Schulgebäude und im Klassenverband stattfinden. „Die Sonder- und Förderschulen erweisen sich als Hemmschuh für die Inklusion“, resümierte Theunissen.

Aus diesem Grund müsse die Zusammenarbeit zwischen der allgemeinen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Behindertenhilfe verbessert werden. Vorbehalte und Bedenken der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenhilfe gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Kinder- und Jugendarbeit sollten abgebaut werden. Spezielle Fortbildungsangebote könnten auf die Arbeit mit Behinderten und Nicht-Behinderten vorbereiten.

„Die Kinder- und Jugendarbeit leidet auch unter fehlenden finanziellen Mitteln“, sagte Theunissen. Solche Mittel fließen stattdessen in den letzten Jahren verstärkt in die Angebote der Schulen, sodass zum Beispiel die offene und verbandliche Jugendarbeit in den Nachmittagsstunden an Bedeutung verliert.

Auch in der Forschung sieht Theunissen Nachholbedarf in Sachen Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit und bedauert: „Leider fehlen wissenschaftliche Studien in diesem Bereich.“

„Die Zusammenarbeit zwischen der allgemeinen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Behindertenhilfe muss verbessert werden.“

Seinen Überlegungen legte Theunissen das Konzept des „Empowerment“ zugrunde. Das Konzept beruht darauf, behinderte Menschen in den Kompetenzbereichen Selbstdarstellung und Selbstvertretung (sich selbst mit Stärken und Schwächen vorzustellen), politische Einflussnahme (gemeinsam als Gruppe mit Politikerinnen und Politikern reden und Wünsche äußern) und Selbstbefähigung (sich gemeinsam in der Gruppe etwas beibringen) zu stärken. Als wesentliche Voraussetzung dafür nannte er eine neue Dienstleistungskultur, die auf Assistenz und respektvoller Unterstützung beruht.

Empowerment-Bewegungen haben eine Tradition im 20. Jahrhundert: es gab sie zunächst in der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in Amerika und in der lateinamerikanischen Befreiungstheologie. Später haben sich laut Theunissen Initiativen von Eltern behinderter Kinder gebildet, die mittlerweile von Behinderten selbst vorangetrieben werden, zunächst im Bereich der Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderungen (Selbstbestimmt Leben Bewegung), dann bei Menschen mit Lernschwierigkeiten (People First) und zuletzt in der Rechte-Bewegung von Autistinnen und Autisten.

Inzwischen haben die Empowerment-Bewegungen behinderter Menschen vor allem fünf allgemeine Forderungen auf ihrer Agenda: Erstens das Recht auf gesellschaftliche Zugehörigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe (Partizipation), zweitens die Nicht-Aussonderung aus allgemeinen gesellschaftlichen Bezügen, drittens Akzeptanz von menschlicher Vielfalt und Einzigartigkeit, viertens Barrierefreiheit und Zugänglichkeit sowie fünftens das Recht auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit. ■

Podiumsdiskussion: Inklusive Bildung vor Ort gestalten

Dr. Sigrid Arnade, Georg Eisenreich, Dr. Ulrich Maly und Prof. Dr. Georg Theunissen im Gespräch

Auf einer Podiums-Diskussion sprechen mehrere Menschen über eine wichtige Frage. Georg Eisenreich und Ulrich Maly redeten mit Sigrid Arnade und dem Forscher Georg Theunissen. Die Frage war: Was bedeutet inklusive Bildung in der Stadt Nürnberg? Für Georg Eisenreich ist die Schule der wichtigste Ort für inklusive Bildung.

Georg Theunissen findet besonders die Hilfe von Ehrenamtlichen wichtig. Sigrid Arnade findet es wichtig, dass Menschen mit Behinderung gefragt werden, wie Schule gestaltet werden soll. Oberbürgermeister Maly hat gesagt, dass Inklusion eine große Aufgabe ist. Deshalb müssen alle mit anpacken.

Bei der den Vormittag abschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Sabina Schutter vom Deutschen Jugendinstitut München, bot sich für Oberbürgermeister Ulrich Maly, Staatssekretär Georg Eisenreich, Sigrid Arnade und Georg Theunissen die Möglichkeit, nochmals Positionen zu vertreten und direkt miteinander ins Gespräch zu kommen. Sigrid Arnade stellte in ihrem Diskussionsbeitrag klar, dass der Prozess der Inklusion in Deutschland unumkehrbar sei und im Bildungsbereich bestimmte Entwicklungen und Konsequenzen zwangsläufig nach sich ziehe. So verstoße die in der Bundesrepublik praktizierte sonderpädagogische Förderung schlicht gegen



Ulrich Maly, Georg Eisenreich, Sigrid Arnade und Georg Theunissen mit der Moderatorin Sabina Schutter bei der Podiumsdiskussion

die ratifizierte Behindertenrechtskonvention und könne daher unter gegenwärtig geltendem Recht nicht in der bisherigen Weise fortgeführt werden.

Chancen für die Stadt

Für die Stadt Nürnberg, so Arnade, ergäben sich derzeit – wie für alle Städte – vielfältige Chancen, die von einer Verbesserung der Infrastruktur, einer Intensivierung der Lehrerbildung bis hin zu einer Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten, etwa durch die Einführung von Runden Tischen und Netzwerken, reichen. Da sich die Stadt augenscheinlich auf den Weg gemacht habe in Richtung inklusiver Bildung, könne Nürnberg in diesem Sinn eine Vorreiterrolle einnehmen.

Gefragt nach der Rolle der Schulen für den Inklusionsprozess vor Ort, betonte Staatssekretär Georg Eisenreich deren Bedeutung für systematische Entwicklungen. Da Schulen alle jungen Menschen erfassen, sind sie per se mit Verschiedenheit konfrontiert und müssen allen zu ihrem Recht verhelfen. In diesem Sinn plädierte der Staatssekretär für einen Verzicht auf „Theoretisieren“ und forderte stattdessen, in den Kommunen möglichst viele praktische Schritte einzuleiten. Italien als Vorbild für Inklusion in der Schule anzuführen, gehe daher seines Erachtens in die Irre. Dort, so Eisenreich, beschränke sich die positive Praxis inklusiver Bildung tatsächlich nur auf Südtirol, wohingegen im Süden Italiens in der Schule zu wenig gefördert werde.

Synchronisierung der Fördersysteme notwendig

Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Ulrich Maly verhehlte nicht, dass die Städte in Fragen inklusiver Bildung vor einem riesigen Berg an Aufgaben stünden. Umso wichtiger sei es, dass der Freistaat Bayern, die Bezirke und Kommunen mittlerweile in bestimmten Bereichen gemeinsam voranschreiten und an einer Synchronisierung der Fördersysteme arbeiten. Hierfür schlägt Maly als konkreten Schritt nach vorne ein „Open-Book-Verfahren“ vor, bei dem sich die unterschiedlichen Kostenträger der öffentlichen Hand – die Städte sind es beispielsweise bei der Jugendhilfe, der Sozialhilfe, der Sachaufwandsträgerschaft für Schulen und teilweise bei der Schulträgerschaft, hinzu kommen der Freistaat Bayern und die Bezirke als überörtliche Sozialhilfeträger – gegenseitig „in die Bücher“ blicken lassen, Finanzströme offenlegen und damit Fördersysteme effektiver gestalten können.

Generell zählte OB Maly drei Handlungsebenen politischer Entscheidungen für die schrittweise Realisierung inklusiver Bildung auf. Bildungspolitisch sind einerseits Veränderungen bei den Förderzentren und andererseits ein Ausbau von Lernorten und Gelegenheiten inklusiver Bildung nötig. Darüber hinaus muss die Politik aber verstärkt um die gesellschaftliche Akzeptanz der bildungspolitischen Entscheidungen für mehr Inklusion werben und diese einfordern. Denn auch wenn die Politik über Spielräume verfüge und mit Entscheidungen einige Zeit der herrschenden Meinung vorausgehen

könne, so gehe das auf Dauer nicht ohne einen gesellschaftspolitischen Konsens zugunsten inklusiver Bildung.

Inklusion im Lebenslauf

Der Erziehungswissenschaftler Georg Theunissen identifizierte in der Diskussion die frühkindliche Bildung als den am besten geeigneten Bereich, mit inklusiver Bildung zu starten. Im weiteren Lebenslauf bestünde in der Verzahnung von Schulen mit Stadtteilen und bürgerschaftlichen Strukturen die Chance, einen positiven Beitrag zur inklusiven Bildung zu leisten. Traditionell bestehe im Bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland noch Spielraum, weil die Rolle der Kümmerer in diesem Bereich bislang eher vom Staat und seinen Institutionen eingenommen worden ist.

In der offen und sachlich ausgetragenen Diskussion äußerte OB Maly zum Ende einerseits Verständnis für die im Publikum artikulierte Kritik an der (noch zu wenig) inklusiven Bildungspraxis etwa in Nürnberger Kindertageseinrichtungen, bestätigte aber – sekundiert vom Sozialreferenten Reiner Prölß – dezidiert, dass die Stadt Nürnberg in diesem und vielen anderen Bereichen aktiv an einer stetigen Verbesserung inklusiver Bildung vor Ort arbeite. ■

Frühkindliche Bildung

**Referenten: Prof. Dr. Timm Albers, Professor für Inklusive Pädagogik, Universität Paderborn
Sabine Walther-Werthner, Fachdienst und Fachberatung der Frühförderung für Kindertagesstätten der Lebenshilfe Nürnberg**

Moderation: Detlef Rindt-Ermer, Leiter Referat Kinder, Jugend und Familie, Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Nürnberg e.V.

Jedes Kind hat unterschiedliche Eigenschaften und Fähigkeiten. Weil jedes Kind anders ist, brauchen Kinder unterschiedliche Dinge, damit es ihnen gut geht. Das müssen die Mitarbeiter in Krippen und Kindergärten immer bedenken. Das gelingt besser, wenn die Kindergärten, Krippen und Schulen viel Unterstützung für ihre Arbeit erhalten, zum Beispiel durch viele Mitarbeiter.

staltet sich die Umsetzung von Inklusion in Deutschland momentan defizitär, so Albers.

Es zeige sich, dass die heutige Inklusionsdiskussion im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit stehe. Nicht mehr die Frage danach, ob ein Kind in eine „Regeleinrichtung“ aufgenommen werden kann, sondern wie sich eine Einrichtung verändern muss, damit jedes Kind aufgenommen werden kann, stehe im Vordergrund einer inklusiven Frühpädagogik.

„Inklusion beginnt bereits im Mutterleib.“

Albers versteht Inklusion als einen Prozess ohne Anspruch auf Perfektion, jedoch mit einem klaren Auftrag, bei dessen Umsetzung die UN-Behindertenrechtskonvention als moralischer Kompass dient.



Timm Albers beim Vortrag im sehr gut besuchten Forum

Aus wissenschaftlicher Perspektive beleuchtete Albers, welche Faktoren das Gelingen von Inklusion im frühkindlichen Bereich hemmen oder fördern. Wichtige Stellschrauben seien zum einen multiprofessionelle Teams mit unterschiedlicher Expertise. Das Thema Inklusion müsse zum anderen Bestandteil der Ausbildung von frühpädagogischen Fachkräften sein und dort als Querschnittsthema behandelt werden. Weiterhin sei eine Öffnung hin zu

Kooperationen mit Fachdiensten notwendig, ebenso wie die Selbstreflexion auf die eigene Praxis in den Einrichtungen. Inklusion benötigt dabei gute Rahmenbedingungen für professionelles Handeln.

„Inklusion braucht gute Rahmenbedingungen für professionelles Handeln, aber auch Mut, Durchhaltevermögen, Herz und Hand.“

Im Folgenden schilderte Sabine Walther-Werthner vom Fachdienst und der Fachberatung der Frühförderung für Kindertagesstätten am Beispiel Nürnbergs die praktischen Erfahrungen aus der Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems und leitete ihren Vortrag mit einem kurzen historischen Rückblick ein. Noch in den 1960er Jahren galten Kinder mit Behinderung in Deutschland als nicht bildungsfähig und besuchten deshalb kei-

nen Kindergarten. Auf Drängen der Eltern entstand ein differenziertes Sonderschulsystem, das von der Entwicklung der Sonder- und der Heilpädagogik begleitet wurde, die, so Walther-Werthner, bis heute qualitativ hochwertige Bildungsangebote für Kinder mit Behinderung ermöglichen. In den 1980er Jahren entstanden die ersten integra-

tiven Kindergärten, in denen die Pädagogik des Regelkindergartens mit der Sonderpädagogik verknüpft wurde.

In Nürnberg wurde von Beginn an auf wohnortnahe Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern mit Behinderung gesetzt, was auch die relativ geringe Anzahl integrativer Einrichtungen in Nürnberg im Vergleich zu anderen Städten in Bayern erklärt.

Als Einstieg in seinen Vortrag stellte Timm Albers ausgewählte Zitate aus einer spontanen Befragung von Passanten in der Hamburger Innenstadt vor. Auf die Frage, was man unter Inklusion verstünde, lautete eine Antwort: „Ach, das ist bestimmt wieder sowas Einfaches, das bloß einen schwierigen Namen hat.“

Dass der Begriff Inklusion nicht einfach zu fassen ist, zeigte sich bereits an den unterschiedlichen Definitionen, die Albers im Folgenden vorstellte. Albers definierte inklusive Bildung als „Konzept zur Überwindung von Benachteiligung und Diskriminierung im Bildungssystem aufgrund individueller Zuschreibungen oder Merkmale zugunsten einer Orientierung an den Ressourcen eines jeden Kindes.“ Inklusion könne dabei als das Streben nach größtmöglicher Partizipation und minimaler Exklusion verstanden werden, und das von Anfang an.

Albers machte dabei deutlich, dass Inklusion ein Prozess sei, der das Bildungssystem grundlegend verändere. Dabei ge-



Timm Albers, Sabine Walther-Werthner und Moderator Detlef Rindt-Ermer (v.l.) in der Diskussion

Basierend auf Daten aus dem städtischen Jugendhilfeausschuss berichtete Walther-Werthner, dass die Anzahl der Kinder mit Behinderung, die integrative

„Die Entwicklung einer inklusiven Pädagogik muss nicht nur die Haltung, sondern auch die Strukturen und Methoden in den Blick nehmen.“

oder Regeleinrichtungen in städtischer, freigemeinnütziger oder sonstiger Trägerschaft besuchen, seit 2006 immer weiter angestiegen ist, ebenso wie die Anmeldungen in den schulvorbereitenden Einrichtungen.

Walther-Werthner berichtete außerdem von dem Phänomen überproportional häufiger Besuche schulvorbereitender Einrichtungen von Kindern aus sozioökonomisch schwächer gestellten Familien und von Kindern mit Migrationshintergrund in Nürnberg. Diese Beobachtung aus ihrer Arbeit deckt sich mit Ergebnissen des 11. Kinder- und Jugendberichts des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, der den Zusammenhang zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit und Behinderung belegt. In Nürnberg bestehen Schulvorbereitende Einrichtungen mit folgenden Förderschwerpunkten: Hören, Sehen, körperliche und motorische Entwicklung sowie geistige Entwicklung.

Walther-Werthner sieht die Kindertageseinrichtungen und andere frühkindliche Einrichtungen in Nürnberg mit besonderen Herausforderungen im Hin-

blick auf die Differenzierungskategorien Herkunft, sozioökonomischer Status, Geschlecht und Behinderung konfrontiert, die mit den bestehenden Konzepten und Rahmenbedingungen kaum mehr bewältigt werden könnten. Sie betonte, dass die Vielfalt Nürnbergs, die sich in der heterogenen Stadtbevölkerung zeige, im Sinne der Inklusion eine Chance und die Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Wertschätzung seien. Dies bedürfe aber der persönlichen und der fachlichen Auseinandersetzung, der Weiterentwicklung von Angeboten und Konzepten sowie der Anpassung von Rahmenbedingungen.

In der anschließenden Diskussion erörterten die Forumsteilnehmenden unter anderem die Möglichkeit flexibler Ressourcenzuweisungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Inklusion, so das Fazit des Forums, benötigt sowohl strukturelle Veränderungen als auch Veränderungen in der Alltagspraxis. ■

Inklusion in der frühkindlichen Bildung

- Zum Stand 1.1.2014 wurden 291 Kinder mit einer (drohenden) Behinderung durch Einzelintegration in Regeleinrichtungen bzw. in einer integrativen Kindertageseinrichtungen in Nürnberg betreut (2012 waren es 274, 2013 301 Kinder).
- Zum gleichen Stand gab es 19 integrative Kindertageseinrichtungen (4 Krippen, 9 Kindergärten, 4 Häuser für Kinder und 2 Horte, außerdem kam zum September 2014 eine weitere integrative Einrichtung hinzu) und 90 Einrichtungen mit dem Angebot von Einzelintegration. Die Anzahl der Kita-Plätze für Kinder mit bestehender oder drohender Behinderung hat sich seit dem Jahr 2007/08 verdoppelt.
- Im Schuljahr 2013/14 wurden 301 Kinder mit besonderem Förderbedarf in schulvorbereitenden Einrichtungen (SVE) in Nürnberg betreut, im Schuljahr 2010/11 waren es 294 Kinder. Im Zeitvergleich zeigen sich dabei kaum Unterschiede bei der Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulen bzw. verschiedenen Förderschwerpunkte.

Quelle: Stadt Nürnberg, Beilage 1.1 zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.9.2014; Regierung von Mittelfranken.

Schulische Bildung und Elternperspektive

Referent: Stefan Bauerfeind, Vorsitzender autismus Mittelfranken e.V.

Moderation: Bernhard Jehle, Leiter des Instituts für Pädagogik und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg (IPSN)

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung, egal ob mit oder ohne Behinderung. In Regel-Schulen lernen bisher fast nur Kinder ohne Behinderung. Auch Kinder mit Behinderung sollen in Regel-Schulen gehen können, wenn sie oder ihre Eltern das möchten. Die Regel-Schulen müssen passende Angebote für diese Kinder machen. Aber: Dafür brauchen sie genug Räume, genug Lehrer und genug Geld.



Moderator Bernhard Jehle, Leiter des Instituts für Pädagogik und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg

Die Erkrankung der vorgesehenen zweiten Referentin, Prof. Dr. Carmen Dorrance von der Hochschule Fulda, machte eine Umstrukturierung des Forums 2 „Schulische Bildung und Elternperspektive“ erforderlich: Die Rednerin vom Vormittag Sigrid Arnade erklärte sich spontan bereit, ihre Fachlichkeit in diesem Forum einzubringen, und Moderator Bernhard Jehle gestaltete das Forum kurzerhand um in einen von Kleingruppenarbeit geprägten, am individuellen Austausch orientierten Workshop, der sich der Frage widmete, wie eine inklusive Schule aussehen müsse.

Bevor es in die Gruppenarbeit ging, stellte Stefan Bauerfeind aus Elternperspektive Beispiele aus der schulischen Bildung von Kindern mit Beeinträchtigung vor. Er ist Vater eines nichtsprechenden fünfzehnjährigen Sohnes mit der Diagnose frühkindlicher Autismus mit Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung, kurz: ADHS. Bauerfeind präsentierte zunächst die Arbeit des Vereins autismus Mittelfranken, die Vereinigung zur Förderung von Menschen mit Autismus. Unter den derzeit etwa 265 Mitgliedern befindet sich

mittlerweile auch ein Autist, sodass sich der Verein, ursprünglich eine Selbsthilfeorganisation betroffener Eltern, öffne und weiterentwickle. Die Ziele des Vereins seien im Wesentlichen die Interessenvertretung, die Öffentlichkeitsarbeit, der Erfahrungsaustausch, die gegenseitige solidarische Hilfe und die Unterstützung von Familien mit Kindern, die von einer Autismus-Spektrum-Störung betroffen sind. Dabei heiße Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie Aufklärungsarbeit. In diesem Zusammenhang stellte Bauerfeind unter anderem die Informationsbroschüre für Kinder und Jugendliche „Autismus - eine besondere Art zu leben“ vor, die direkt über die Website des Vereins bezogen werden könne (Website siehe Marginalspalte). Danach sprach er über die deutschlandweit einmaligen Klassen der „Muschelkinder“ (eine spezielle Einrichtung für Autisten, die sein Sohn seit 2007 besucht), die in Nürnberg als Außenklassen der Comenius-Schule Hilpoltstein (Förderzentrum mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) geführt werden.

„Das ungewohnte Verhalten autistischer Kinder und Jugendlicher führt zu sozialer Isolation. Sie werden sehr häufig zu Mobbingopfern.“

Dort wird auf die besonderen Herausforderungen von autistischen Kindern und Jugendlichen im Schulalltag in den Bereichen der sozialen Interaktion, der

Kommunikation und des Verhaltens eingegangen und zum Beispiel auf einen verlässlich strukturierten Tagesablauf und feste Bezugspersonen geachtet.

Die Sichtweise auf diese Gruppe müsse verändert werden, so Bauerfeind. Er stellte klar, dass Autismus keine Krankheit ist, sondern eine angeborene Behinderung, die damit auch nicht heilbar oder „wegtherapierbar“ sei.

Zitat einer autistischen Person:
„Ich habe keine Autismus-Spektrum-Störung. Mein Autismusspektrum ist vollkommen in Ordnung.“

Außerdem könnten auch autistische Menschen empathisch sein, sie seien weder automatisch hochbegabt noch geistig behindert. Daraus leitete er ab, dass Autisten nicht angepasst und geheilt werden müssten und es wichtig sei, mit ihnen und nicht nur über sie zu sprechen. Man müsse weg von einer Defizitorientierung hin zu einer Kompetenzorientierung, welche die vielen guten Eigenschaften von Autisten wie deren absolute Ehrlichkeit, Gerechtigkeitssinn oder außergewöhnliches Gedächtnis wertschätze.

Bauerfeind schloss seinen Vortrag mit dem Fazit, dass die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems ein langjähriger, aber sehr wichtiger Prozess sei, auf des-



Forum 2 war geprägt vom Fachaustausch in Kleingruppen.

sen Weg Förderschulen aber erhalten bleiben müssten, solange nur diese die notwendigen Rahmenbedingungen bieten könnten. Er plädierte für ein uneingeschränktes Wahlrecht zwischen Regel- und Förderschule und forderte, dass sich die Schule auf die Bedürfnisse betroffener Schülerinnen und Schüler einstellen solle und nicht umgekehrt. Dafür bedürfe es zum einen einer adäquaten Aus-, Fort- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte zum Thema Autismus, zum anderen der Bereitstellung ausreichender personeller und räumlicher Ressourcen.

„Die Gesellschaft muss sich ändern. Fragen wie ‚Und das hat man in der Schwangerschaft nicht feststellen können?‘ darf es nicht mehr geben.“

In der anschließenden Diskussion wurde auf die Schwierigkeit der Schule verwiesen, im Verdachtsfall Hilfe bei der Diagnostik vermeintlicher autistischer Kinder und Jugendlicher zu erhalten, wenn die Eltern ihre Unterstützung verweigerten. Auch wurde darauf hingewiesen, dass Eltern aus Angst vor Stigmatisierung häufig erst dann das Gespräch mit der Schule suchten, wenn die Probleme nicht mehr anders zu lösen seien. Im Weiteren ging es um Fragen der Diagnostik, des Raumbedarfs an den Schulen, des Datenschutzes in Bezug auf den Austausch zwischen den Bildungsinstitutionen sowie um mangelnde Information für Lehrkräfte an den allgemeinen Schulen. Bauerfeind gab zu bedenken, dass man auf dem Weg zur Inklusion aufpassen müsse, dass Menschen mit Autismus nicht zu einer Randgruppe werden. Eine Teilnehmerin erläuterte, dass die Voraussetzungen, die im Förderzentrum Hören gegeben sind, optimal für autistische Schülerinnen und Schüler sind. Das Ziel solle sein, diese Rahmen-

bedingungen auch an Regelschulen durchzusetzen, dann könnten die Kinder ganz normaler Teil des Systems sein.

Anknüpfend an diese Wortmeldung leitete Bernhard Jehle zur Arbeit in Kleingruppen. Es wurde die Frage erörtert, wie eine Schule aussehen müsse, die Schülerinnen und Schüler mit Autismus voll inkludiert und damit auch, wie eine inklusive Schule grundsätzlich aussehen solle.

Für die Raumgestaltung der Schulen kamen die Teilnehmenden zu dem Ergebnis, dass kleinere Klassen und ein flexibleres Raumkonzept essentiell seien. Partnerklassen müssten auch an den weiterführenden Schulen eingerichtet werden, damit die Schülerinnen und Schüler mit Behinderung nach dem Grundschulbesuch nicht wieder aus den Regelschulen in die Förderschulen zurückkehren müssten. Bei der Unterrichtsgestaltung müsse die inklusive Schule zieldifferentes Lernen und Flexibilität zum Beispiel in der Notengebung ermöglichen. In Bezug auf die Lehrkräfte kamen die Teilnehmenden unter anderem zu dem Ergebnis, dass Teamteaching unerlässlich sei und das Förderpersonal präsenter sein müsse. Aber auch Kooperation und Offenheit sowie Beratungsmöglichkeiten für Eltern und Lehrkräfte seien von hoher Bedeutung für eine funktionierende inklusive Schule.

In der Abschlussdiskussion um die Probleme und die nächsten Schritten hin zur inklusiven Schule stand die Ressourcenknappheit und mangelnde Entlastung der Regelschulen im Fokus: Inklusion werde als Sparmodell gesehen! In ihrer Schlussbetrachtung stellte Sigrid Arnade daraufhin heraus, dass sie es begrüßen würde, wenn potenzielle Einsparungen bei den Förderschulen in die Etats der Regelschulen flößen, oder man die Förderschulen einfach gleich zu Regelschulen machen würde. ■

Was ist Autismus?

Autismus beschreibt eine Entwicklungsveränderung des Gehirns, die sich besonders in den Bereichen der Wahrnehmung und der Kommunikation zeigt und somit Auswirkungen auf alle Alltagsbereiche hat.

Bei Autisten treten die Sinneseindrücke zu stark, zu schwach, verzögert oder vermischt auf und eine Vielzahl gleichzeitig auftretender Sinneseindrücke kann nicht gefiltert werden, was zu einem ‚Overload‘ führt. Die Mimik und die Körpersprache können nicht automatisch gedeutet werden. Außerdem führt die veränderte Wahrnehmung, die Reizüberflutung zu sog. herausforderndem Verhalten. So werden überfordernde Eindrücke mit beispielsweise Schreien, Toben und Weglaufen kompensiert und es braucht Stereotypen zur Beruhigung. Dabei erzeugt die Ausbildung von Spezialinteressen Sicherheit und Kontrolle.

Dabei spricht man von einem Autismus-Spektrum, das bisher in drei grobe Bereiche gegliedert ist (Frühkindlicher Autismus, Atypischer Autismus und Asperger-Autismus). Da die Übergänge aber fließend sind, wird es mit der neuen Ausgabe der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme ICD-11 eine neue Einteilung in mild, mittel und schwer in Hinblick auf soziale Interaktion, Kommunikation, repetitive Verhaltensweisen und fixierte Interessen geben.

Quelle: Stefan Bauerfeind: „Elternperspektive und Schulentwicklung – Beispiel: Kinder und Jugendliche mit ASS im Schulalltag“, Präsentation auf der 6. Bildungskonferenz der Stadt Nürnberg am 3.12.2014.

Weiterführende Informationen:

Mehr Informationen zu Autismus, den „Muschelkindern“ und zu autismus Mittelfranken e.V. finden Sie im Internet unter www.autismus-mfr.de. Im Download-Bereich dieser Seite können Sie auch Informationsbroschüren herunterladen oder als Printexemplare bestellen.

Schulentwicklung

Referenten: Prof. em. Dr. Jürgen Oelkers, Professor für Allgemeine Pädagogik, Universität Zürich
Ullrich Reuter, Schulleiter Jakob-Muth-Schule, Nürnberg

Moderation: Michael Schopp, Gesamtschulleiter Wilhelm-Löhe-Schule, Nürnberg

In der Schule sollen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen. Professor Jürgen Oelkers sagte: Damit das gelingt, brauchen die Schulen mehr Frei-Raum. Das heißt, sie müssen selbst entscheiden dürfen, was sie mit ihrem Geld und ihrer Zeit machen. Schul-Leiter Ullrich Reuter sprach darüber, was die Lehrer wissen müssen. Nicht alle Lehrer können gleich gut mit behinderten Kindern umgehen. Deshalb müssen die Lehrer miteinander reden und sich gegenseitig beibringen, wie unterrichtet man am besten Kinder mit Behinderung.

Inklusion wird öffentlich häufig in Zusammenhang mit formalen Bildungseinrichtungen wie der Schule diskutiert. Sie wird als eine der Hauptaufgaben und -ziele der Schulentwicklung angesehen. In Forum 3 wurde der Rolle von Inklusion bei der Schulentwicklung aus unterschiedlichen Perspektiven nachgegangen. Jürgen Oelkers ordnete die Entwicklung zu einem inklusiven Schulsystem in die aktuellen, allgemeinen Hauptaufgaben der Schulentwicklung aus fachtheoretischer Sicht ein. Ullrich Reuter berichtete aus der Praxis von verschiedenen Projekten der Jakob-Muth-Schule, einem privaten Förderzentrum mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung.

In dem Vortrag „Entwicklungsperspektiven im deutschen Bildungssystem“ ging Oelkers auf die Problematik von Schulentwicklungsprozessen und das kritische Bild vom Schulsystem in der Öffentlichkeit im Allgemeinen ein. Radikale Positionen forderten demnach die Überwindung von



Ullrich Reuter, Moderator Michael Schopp und Jürgen Oelkers (v.l.) in der Diskussion

Schule. Wie dies geschehen solle, bleibe freilich offen. Schule sei zwar allemal besser als ihr Ruf, so Oelkers, jedoch ergäben sich auch immer neue Herausforderungen.

Trends in der Schulentwicklung

Aktuell ließen sich vier Trends in der Schulentwicklung identifizieren. Hierzu zählte er die Entwicklung von **Ganztagsschulen**, die mehr Zeit bieten. Er betonte jedoch, dass es dabei nicht nur um eine zeitliche Ausdehnung des Unterrichtsgeschehens gehen könne, sondern eine qualitative Weiterentwicklung nötig sei. Damit einher gehe die Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen an den Schulen. Ein weiterer Trend sei die Entstehung von **Bildungslandschaften**, worunter eine Öffnung in den Sozialraum zu verstehen sei. Des Weiteren könne man einen dritten Trend in der Bildung von **Gemeinschafts- oder Gesamtschulen** als zweite Säule neben dem Gymnasium sehen, zumindest in einigen Bundesländern. Den vierten Entwicklungsstrang stelle die **Inklusion** dar, welche den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung als Standard setze.

Diese vier Trends müssen gemeinsam betrachtet werden. Beispielsweise läge ein Ziel von Ganztagschulen auch in der Realisierung von Inklusion, da mehr Zeit für Unterricht und Betreuung vorhanden sei. Im besten Fall fände im weiteren Ver-

lauf der Entwicklungen keine Sonderbehandlung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung mehr statt, sondern es bildeten sich Schulgemeinschaften, die vor Ort sichtbar sind.

Für die Schulentwicklung ist es erforderlich, dass Schulen ihre zeitlichen und materiellen Ressourcen flexibler als heute einsetzen können. Dies ist vor allem wichtig in Bezug auf den Unterricht, der den eigentlichen Kern der Schule ausmacht. Der sollte sich eher an Bildungsverläufen von Individuen, also an individuellen Lernwegen, als an einem einheitlichen Lehrplan orientieren. Auch Regelstandards, auf die lange Zeit bildungspolitisch gesetzt wurde, sind zu hinterfragen. Dazu zählt beispielsweise die Einheitlichkeit von Lernzielen.

Bei der Inklusion, wie bei anderen Bildungsreformen auch, kommt es maßgeblich auf die Akteure vor Ort an. Über deren Köpfe hinweg ist eine erfolgreiche Bildungsreform nicht möglich. Bei Reformabsichten gegenüber dem System – und nichts weniger ist das Inklusionsvorhaben – stellt sich demnach die Frage: Was macht das System mit der Reform?

Inklusive Maßnahmen aus der Sicht eines Förderzentrums

Einige Antworten auf diese Fragen wurden in dem anschließenden Vortrag „Schulentwicklung für und durch Inklusion konkret am Beispiel der Jakob-Muth-

Schule Nürnberg“ von Ullrich Reuter gegeben. Er stellte inklusive Maßnahmen aus Sicht eines Förderzentrums mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ dar. Zunächst beschrieb Reuter den Weg der Schule hin zu einem inklusiven Angebot. Der erste entscheidende Schritt wurde 2011 mit einer Vorstandsentscheidung hin zu einer Öffnung der Schule mit dem Ziel der Dekategorisierung gegangen. Insbesondere waren aus einer Zukunftswerkstatt im Jahr 2005 wichtige Impulse für eine Neuorientierung hervorgegangen. Dies führte im weiteren Prozess dazu, dass nun zwei inklusive Projekte bestehen, die durchaus Modellcharakter haben und dem Motto „So viel gemeinsam wie möglich, so viel individuelle Förderung wie nötig“ folgen, zum einen Partnerklassen mit Grundschulen, aber auch einer Realschule, und das IKON-Projekt (Intensiv-kooperierende Klassen Nürnberg).

Reuter beleuchtete einige zentrale Punkte für das gute Funktionieren solcher Projekte. Besonderes Augenmerk sei neben der Kommunikation und Einbeziehung aller Beteiligten auf die Teamentwicklung im Lehrerkollegium zu legen. Hier müsse die unterschiedliche Zustimmung zur Inklusion ebenso wie unterschiedliche Belastungsgrenzen berücksichtigt werden. Unter Umständen sei dafür eine externe Moderation sinnvoll. Eine Frage, die sich

im Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen für das Personal häufig im Alltag eines Schulleiters stellt und Fingerspitzengefühl erfordere, sei die nach der Balance zwischen Führung und Eigenverantwortung.

Seinen informativen Vortrag beendete er mit einem Zitat von Ewald Feyrer, das zur Nutzung individueller Spielräume aufruft: „Wenn der Wind der Erneuerung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen“. Der Weg der Jakob-Muth-Schule sei dabei einer von mehreren um Erneuerung einzuleiten.

An die beiden Vorträge schloss sich eine Diskussion an, moderiert durch Michael Schopp. Er wies zunächst darauf hin, dass der große Andrang bei diesem Forum das Bedürfnis zeigt, das Thema Inklusion im Schulkontext fachlich und praxisorientiert voranzubringen. Die Rückfragen und Kommentare griffen einige Punkte aus den Vorträgen auf, wie etwa das Problem der glei-

chen Lernziele und die mögliche Rolle von Hausaufgaben und Ganztagsunterricht. Auch wurde deutlich, dass es nicht den Königsweg zu einem inklusiven Schulsystem gibt. Wichtig sei auf dem Weg dahin die Haltung der Schulen – Schulleitungen, Kollegien und Eltern. ■

Zahlen für die Jakob-Muth-Schule, Nürnberg

Partnerklassen: 6 Klassen, Grundschule: Jgst. 1 bis 4, Realschule: Jgst. 5 und 6.

Bei den Partnerklassen arbeiten jeweils eine Klasse mit Schülerinnen und Schülern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf und eine Klasse mit Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zusammen. Die Partnerklassen werden in einigen Fächern gemeinsam von einer allgemeinen und einer sonderpädagogischen Lehrkraft unterrichtet.

IKON: 4 Klassen, Grundschule Jgst. 1 bis 4.

In einer Grundschulklasse sind Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf (etwa ein Drittel zu zwei Drittel). Der Unterricht findet in den ersten beiden Jahrgangsstufen gemeinsam, in den Jahrgangsstufen 3 und 4 weitestgehend gemeinsam in den Räumlichkeiten des Förderzentrums statt.

Stand: Schuljahr 2014/15

FORUM 4

Berufliche Bildung und Berufstätigkeit

Viele Menschen brauchen Hilfe, um nach der Schule einen Arbeits-Platz zu finden, der zu ihnen passt. ACCESS unterstützt Menschen mit Behinderung dabei, einen passenden Arbeitsplatz zu finden. ACCESS hilft auch den Arbeit-Gebern, für ihre behinderten Mitarbeiter die Arbeits-Abläufe gut vorzubereiten.

Ursula Bylinski wies einleitend auf die seit den 1990er Jahren bestehende sehr differenzierte Förderlandschaft hin, durch die von Ausgrenzung betroffene Jugendliche

Referenten:

Dr. Ursula Bylinski, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Karl-Heinz Miederer, Geschäftsführer ACCESS gGmbH – Integrationsbegleitung für Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben, Erlangen-Nürnberg-Bamberg

Moderation: Lothar Baumüller, Leiter Berufsausbildungswerk Mittelfranken

in berufliche Bildungsprozesse integriert werden sollen. Sowohl die Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation als auch die der Benachteiligtenförderung folgen seitdem nicht mehr der Defizit- sondern der Ressourcenorientierung, um Menschen auf ihrem Weg in Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Nach diesem kurzen Rückblick gab sie eine Übersicht über den rechtlichen Rah-

men, wobei sie den Schwerpunkt auf die Berufsausbildung legte. Sie zeigte das komplexe Geflecht unterschiedlicher gesetzlicher Vorschriften im Verhältnis zu den Rechten behinderter Menschen und wies auf die rechtlich normierte Unterscheidung zwischen behinderten jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und benachteiligten jungen Menschen mit Schwierigkeiten beim Berufsstart hin. Bylinski geht davon aus,



Ursula Bylinski vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

dass Menschen als unterschiedlich wahrgenommen werden müssen und Inklusion auf einer Ungleichbehandlung beruht. Eine Gleichbehandlung ohne Berücksichtigung von individuellen Unterschieden führt nach ihrer Auffassung zur Exklusion. Damit alle Menschen gleiche Teilhabechancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen können, muss es individuelle und flexible Unterstützungsmöglichkeiten geben. Der Inklusionsgedanke beinhaltet also die Anerkennung und Akzeptanz von Ungleichheit und nutzt diese als Potenzial.

„Inklusion durch Ungleichbehandlung statt Exklusion bestimmter Gruppen durch Gleichbehandlung!“

Für junge Menschen, die eine Regelausbildung im Dualen System nicht bewältigen können, sieht das Gesetz so genannte Helferberufe vor, die bei den theoretischen Inhalten auf Einschränkungen Rücksicht nehmen. Für die Inhalte der theoriegeminderten Ausbildungen nach § 66 BBiG (Helferberufe), die nicht zu einem anerkannten Berufsabschluss führen, sind die jeweiligen lokalen Kammern zuständig. Das Bundesinstitut für Berufsbildung bemüht sich seit 2009 einheitliche Regelungen und Standards für diese Ausbildungen zu entwickeln. Beabsichtigt ist, behinderte Menschen in allen Berufsbereichen nach bundeseinheitlichen Standards zu qualifizieren. Die Helferberufe werden seit längerer Zeit in Frage gestellt und das Interesse junger Menschen und ihrer Eltern an diesen Ausbildungsgängen sinkt. Um zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß sind, ist eine Evaluierung dieser Berufe geplant.

Ziel einer inklusiven Berufsausbildung ist es, alle Optionen auf einen anerkannten Berufsabschluss wahrnehmen zu können,

um die Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilnahme zu gewährleisten. Dazu muss als wesentliche Voraussetzung eine inklusive Grundhaltung in der Gesellschaft herrschen. Gleichmaßen müssen auf individuelle Lernbedürfnisse flexible Antworten gegeben werden. Das beinhaltet die Bereitstellung individualisierter Bildungs-, Unterstützungs- und Förderangebote, eine individuelle Begleitung auf dem Bildungsweg und die Gestaltung gelingender Übertritte. Unter letzterem versteht die Referentin die Anschlussfähigkeit der einzelnen Maßnahmen sowie die Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems. Mit Berufung auf eine Veröffentlichung der Deutschen UNESCO-Kommission aus dem Jahr 2009 wies sie darauf hin, dass diese Voraussetzungen für alle jungen Menschen bestehen müssen und daher Teile einer allgemeinen pädagogischen und bildungspolitischen Strategie sein müssen.

Am Ende ihres Vortrags zeigte sie folgende neue Entwicklungen auf:

1. Es gibt Überlegungen, das Angebot der Ausbildung in Teilzeit auch auf andere Gruppen als junge Mütter und Väter auszudehnen.
2. Ab Frühjahr 2015 wird es die assistierte Ausbildung als Regelangebot geben.
3. Die Zielgruppe für die ausbildungsbegleitenden Hilfen (ABH, ein Förderinstrument der Arbeitsagentur, das zusätzlichen Stützunterricht ermöglicht) soll ausgedehnt werden.



Karl-Heinz Miederer bei seinem Vortrag

Nach einer kurzen Runde für Nachfragen zum ersten Vortrag übergab Lothar Baumüller das Wort an Karl-Heinz Miederer. Dieser wies darauf hin, dass sein Vortrag

sich auf die Arbeit von ACCESS und damit auf die Praxis in der Region beziehe. ACCESS wendet sich an schwerbehinderte Menschen und unterstützt diese bei der Aufnahme einer Ausbildung oder einer Erwerbstätigkeit.

Mit seinem ersten Statement zielte Miederer direkt auf den seiner Meinung nach wichtigsten Punkt ab, dass die entscheidenden Partner für die Inklusion in Ausbildung und Arbeit die Arbeitgeber sind. Sie zu gewinnen sieht der Referent als eine der wesentlichen Aufgaben von ACCESS an.

„Ohne Arbeitgeber geht gar nichts!“

Zum Gelingen eines Arbeitsverhältnisses identifiziert Miederer zwei wichtige Voraussetzungen. Zum einen müssen die Fertigkeiten des behinderten Menschen am richtigen Ort eingebracht werden und zum anderen muss dem Arbeitgeber bewusst sein, dass die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung einen Nutzen für alle Beteiligten und vor allem auch für sein Unternehmen hat. Erforderlich dafür sind gute, erfolgreiche Beispiele, mit denen ein Arbeitgeber überzeugt werden kann, einen behinderten Menschen einzustellen oder auszubilden.

ACCESS beteiligt sich daran, betriebliche Strukturen zu schaffen, die eine Beschäftigung behinderter Menschen fördern und erleichtern. Daher wird auch der Betrieb langfristig professionell begleitet. Dabei wird von Beginn an die Nachhaltigkeit angestrebt und alles Erforderliche dazu in die Wege geleitet. Ziel ist die Herstellung einer Win-win-Situation, die laut Miederer Voraussetzung für den Erfolg eines Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisses sei.

Miederer beschrieb die wichtigsten Aufgaben, die ACCESS übernimmt: Um Arbeitgeber zu gewinnen, werden aus-

föhrliche Beratungsgespräche geführt, Betriebsbesuche gemacht, Praktika im Betrieb vereinbart und begleitet, Informationen über Zuschussmöglichkeiten

gegeben und Entlastungsmöglichkeiten für das Fachpersonal gesucht.

Die behinderten Menschen werden von ACCESS gründlich auf ihren Einsatz vorbereitet, dafür spezifisch qualifiziert und über einen längeren Zeitraum hinweg oder auf Dauer begleitet. Vorab wird überprüft, ob die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Person zu den Tätigkeitsanforderungen des Betriebs passt. Kontinuierlich werden alle Beteiligten beraten,

sodass auf auftretende Schwierigkeiten jederzeit flexibel reagiert werden kann.

Ein wichtiges Arbeitsfeld ist außerdem der Aufbau und die Pflege von Netzwerken. Dies gilt für die Vernetzung sowohl von ACCESS mit Arbeitgebern und Institutionen als auch für die behinderten Menschen.

Abschließend wurde diskutiert, dass der schwierige Übergang junger Menschen

mit einer Behinderung an der so genannten zweiten Schwelle – also dem Übergang von der Ausbildung in das Berufsleben – bisher nicht ausreichend beachtet würde. Insbesondere seien die Jugendlichen, die aus dem „Schutz“ eines Berufsausbildungswerks (BAW) oder einer Werkstatt kämen, häufig den Anforderungen des „normalen“ Arbeitsalltags nicht gewachsen. Es wurde angeregt, die Ausbildung noch stärker mit der betrieblichen Arbeitswelt zu verzahnen. ■

FORUM 5

Erwachsenenbildung und kulturelle Bildung

Prof. Dr. Georg Theunissen, Professor für Geistigbehindertenpädagogik und Pädagogik bei Autismus, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Michael Galle-Bammes, Bildungszentrum der Stadt Nürnberg

Moderation: Günter Frank, Vorsitzender des Behindertenrats der Stadt Nürnberg

In Kursen für Erwachsene lernen Menschen mit und ohne Behinderung. Aber sie lernen oft noch nicht gemeinsam. Professor Georg Theunissen, Michael Galle-Bammes vom Bildungs-Zentrum Nürnberg und Günter Frank vom Behinderten-Rat wollen das ändern. Im Bildungs-Zentrum lernen in vielen Kursen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam. Sie probieren neue Sportarten aus, lernen Sprachen oder machen Kunst. Man weiß noch nicht, wo lernen Menschen mit Behinderung lieber: Gemeinsam mit Nicht-Behinderten in einer Behinderten-Einrichtung oder in Volks-Hoch-Schulen.



Georg Theunissen, Moderator Günter Frank und Michael Galle-Bammes (v.l.) in der Forumsdiskussion

Gastgeberin und seinen Koreferenten Michael Galle-Bammes. Doch bundesweit bleibe Inklusion in der non-formalen Bildung oft ein Wunschtraum: „Nach weiteren Leuchttürmen kann man leider lange suchen“, beschrieb Theunissen die Ergebnisse seiner Forschungen in Deutschland.

„In den 40 Jahren seit Bestehen des Bereichs ‚barrierefrei lernen‘ hat sich das Bildungszentrum Nürnberg als Leuchtturm für Inklusion in der Erwachsenenbildung etabliert.“

gering. Gerade Menschen mit Lernschwierigkeiten besuchten allenfalls Kurse zu Alphabetisierung, in denen sie wiederum unter sich blieben. Zum Großteil nutzten Menschen mit Behinderung die breite Angebotspalette unter der Regie von Trägern oder Einrichtungen der Behindertenhilfe. Die Volkshochschulen verließen sich auf die vorhandenen Angebote der Behindertenhilfe, sagte Theunissen. Menschen mit Behinderung blieben unter sich. Kurse zu Themen wie Identität und Empowerment oder Sexualität und Partnerschaft fehlten. Behinderte Menschen kämen kaum in den Genuss einer professionellen Erwachsenenbildung.

Der Leuchtturm in den Entwicklungen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Erwachsenenbildung stehe in Nürnberg, lobte der Hauptreferent Georg Theunissen seine

Der Anteil der Erwachsenen mit Behinderung, die an Angeboten einer allgemeinen Bildungsstätte partizipieren, ist laut Theunissen bundesweit betrachtet sehr

Theunissen fordert nun die Suche nach Formen der Zusammenarbeit zwischen der zwischen professioneller (institutionalisierter) Erwachsenenbildung,

Behindertenhilfe und Selbsthilfegruppen. Gerade die Perspektive und Beteiligung der Betroffenen selbst sollte gefördert werden.

„Wir leben [leider noch] in einer exklusiven Gesellschaft.“

Im zweiten Hauptvortrag des Forums stellte Galle-Bammes das Erfolgskonzept des Bildungszentrums (BZ) vor. Seit dem Jahr 1974 befindet sich das BZ auf dem Weg, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu verwirklichen. Unter dem Titel „barrierefrei lernen“ werden Bildungsangebote für behinderte und nichtbehinderte Menschen gemeinsam angeboten.

Die Einrichtung geht dabei mittlerweile so weit, dass sie Angebote für Behinderte in ihrem allgemeinen Programm nicht als solche ausweist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden erst nach der Anmeldung darauf hingewiesen und können kostenfrei nach einer Sitzung von dem inklusiven Angebot zurücktreten. Galle-Bammes nannte dieses erfolgreiche, aber nicht unumstrittene Vorgehen eine „Strategie der aggressiven Inklusion“.

Die Zahlen sprechen für Galle-Bammes: Der Bereich „barrierefrei lernen“ konnte den Anteil an Menschen ohne Behinderung in den letzten Jahren kontinuierlich steigern. Noch 2007 nahmen weniger als zwölf Prozent Nichtbehinderte an den Angeboten teil. Im Jahr 2013 zählte das Bildungszentrum einen Anteil von 21,6 Prozent an den 265 Kursen in der Palette von „barrierefrei lernen“.



Günter Frank, Vorsitzender des Nürnberger Behindertenrats, fasst im Plenum die Forumsergebnisse zusammen.

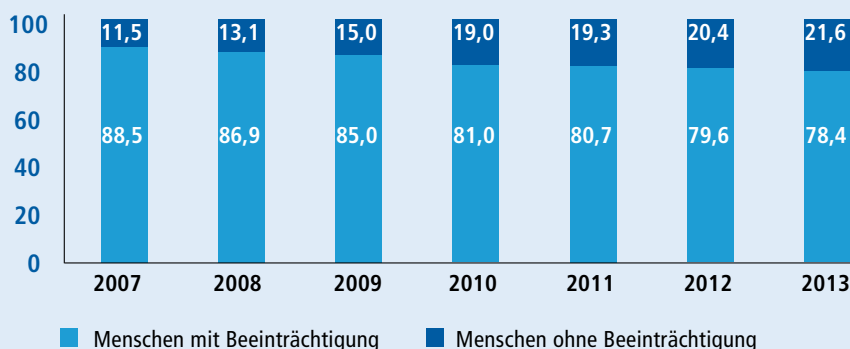
„Inklusive Bildungsangebote sind realisierbar, wenn die Ressourcen vorhanden sind“, sagte Galle-Bammes. Das Bildungszentrum hat mittlerweile ein Schulungsgebäude in zentraler Lage, in dem 36 Räume barrierefrei erreichbar sind. Für Sprachkurse steht eine Technik zur Verfügung, die auch Hörgeschädigten eine optimale Lernsituation bietet.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass es weitere inklusive Angebote der Erwachsenenbildung in der Region gibt. In der Dorfgemeinschaft Münzinghof bietet der Verein „Die Lebensgemeinschaft“ zum Beispiel Töpferkurse an, die sowohl von Behinderten als auch von Nichtbehinderten besucht werden. In diesem ländlichen Bereich im Landkreis Nürnberger Land fördern die Bildungsangebote ein integratives Zusammenle-

ben aller Bewohnerinnen und Bewohner. Die Volkshochschule (VHS) der Stadt Erlangen geht im Vergleich zum Bildungszentrum einen umgekehrten Weg. Je Semester werden rund 20 Kurse in den Regnitz-Werkstätten angeboten. Die VHS kooperiert dabei mit dem dortigen Sozialdienst.

„Das Schöne ist, dass es viele verschiedene Wege gibt“, resümierte Günter Frank die Vorstellung und Diskussion verschiedener Angebote. Eine zentrale Frage für die Inklusion sei, an welchem Ort das Angebot stattfindet. An Seminarräume einer Volkshochschule müssten sich behinderte Menschen oftmals erst gewöhnen. Schwieriger sei es aber, nicht behinderte Menschen in Behindertenwerkstätten oder andere Einrichtungen der Behindertenhilfe zu locken. Günter Frank warnte vor den Gefahren, die eine als erfolgreich geltende Inklusion mit sich bringe. Oftmals würden Mittel gerade mit dem Argument gekürzt, es werde jetzt ein selbstbestimmtes Leben geführt. Der Behindertenrat der Stadt Nürnberg kämpfe seit mehreren Jahren um einen Fahrdienst, der behinderten Menschen in Mittelfranken die An- und Abfahrt zu drei Kursen der Erwachsenenbildung im Jahr ermögliche. ■

Anteil Teilnahmen (in %)



*Menschen mit und ohne Beeinträchtigung in den Kursen der Fachgruppe „barrierefrei lernen“ des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg, 2007 bis 2013
Quelle: Bildungszentrum im Bildungscampus Nürnberg; eigene Darstellung.*

Leichte Sprache und Barrierefreiheit

Referentin und Referent: Sonja Abend, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Arbeit und berufliche Rehabilitation an der Universität Köln, Behindertenrat der Stadt Nürnberg
Joachim Zweig, Referatsleiter für Information, Publikation, Redaktion im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

Moderation: Dieter Maly, Leiter des Amts für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt der Stadt Nürnberg

Leichte Sprache hilft, dass alle Menschen Texte verstehen können. Sonja Abend, Dieter Maly und Joachim Zweig haben über Leichte Sprache gesprochen. Frau Abend forscht an der Uni in Köln über Leichte Sprache im Internet. Herr Zweig arbeitet beim Bundes-Sozial-Ministerium in Bonn/Berlin. Er ist zuständig für die Veröffentlichung von Texten. Dazu gehören auch Texte in Leichter Sprache und Gebärden-Sprach-Videos. Wenn Menschen mehr Texte verstehen, können sie besser selbst entscheiden, was sie möchten. Nicht alles kann in Leichte Sprache übersetzt werden. Aber: Jeder darf Texte in Leichter Sprache schreiben.

Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft ist es neben der Beseitigung physischer Hürden von entscheidender Bedeutung, auch die Barrieren in den Köpfen abzubauen. Sprache ist dabei ein wichtiger Baustein für die gesellschaftliche Partizipation, wie Sonja Abend als Expertin für Leichte Sprache anschaulich darstellte. Dieter Maly ergänzte als Moderator des Forums, jeder müsse daher im Sinne der Inklusion von seinem Arbeitszusammenhang her überlegen, wie Verständnisprobleme mit Partnerinnen und Partnern, Kundinnen und Kunden, Leserinnen und Lesern oder Besucherinnen und Besuchern minimiert werden könnten.



Moderator Dieter Maly und Sonja Abend in der Diskussion mit dem Publikum

Neben den Unwägbarkeiten deutscher Amtssprache stellt auch Alltagskommunikation in Wort und Schrift für Menschen mit Lernschwierigkeiten häufig eine Barriere dar, die sie an ihrer vollen Teilhabe am sozialen Leben hindert. So fällt es beispielsweise den Betroffenen schwer, Metaphern oder ironische Aussagen zu dechiffrieren. Beispielhaft berichtete Abend von einer Dame, der man an der Hotelrezeption erklärt habe, dass im Ort um acht Uhr die Bürgersteige hochgeklappt würden, woraufhin sie sich erwartungsvoll am Fensterbrett postierte, um diesen Vorgang zu beobachten. Solche und andere Verständnisschwierigkeiten stellten Menschen mit kognitiven Einschränkungen in zahlreichen Alltagsbezügen vor ernsthafte Probleme. Der Mangel an verständlicher Information erschwere nicht nur die Pflege sozialer und wirtschaftlicher Kontakte, sondern auch die Möglichkeit, mündige und fundierte Entscheidungen zu treffen. Die Bearbeitung einer Einkommenssteuererklärung könne jedem Menschen ohne Einschränkungen helfen, diese Art der Kommunikationsbarriere nachzuvollziehen.

Auch Menschen ohne Behinderung profitieren

Leichte Sprache dient dazu, solcherlei sprachliche Hürden zu überbrücken. Ein ausdifferenziertes Regelwerk hilft bei der Übersetzung aus gängigem Deutsch in Leichte Sprache. Dazu gehören unter anderem kurze Sätze mit einfacher Grammatik, ein großes Schriftbild sowie an entscheidenden Stellen ergänzende Illustrationen. Mit diesen und anderen Mitteln ist Leichte Sprache in der Lage, verschiedenen Zielgruppen den Zugang zu Informationen zu erleichtern. Dazu können neben Menschen mit Behinderung bzw. Lernschwierigkeiten beispielsweise auch Personen gezählt werden, die erst Deutsch lernen.

Die Entwicklung, Verbreitung und Erforschung Leichter Sprache ist noch vergleichsweise jung. Eine offizielle Sprache mit gesichertem Rechtsstatus, wie etwa Gebärdensprache, so Abend, sei sie daher noch nicht. Dementsprechend gebe es auch weder einen Duden für Leichte Sprache, noch könne Rechtsverbindlichkeit gewährleistet werden. Denn Änderungen der Reihenfolge von Textabschnitten seien zum Zwecke der Verständlichkeit ebenso unvermeidlich wie die Beschränkung auf zentrale Inhalte und

Impressionen von der Bildungskonferenz im Gemein- schaftshaus Langwasser.



Joachim Zweig ermunterte die Forumsteilnehmenden, Texte in der Leichten Sprache selbst zu erstellen. Dem ist die Newsletter-Redaktion im Bildungsbüro gefolgt.

somit ein gewisser Informationsverlust. Der Abstraktionsgrad von Gesetzen und Verordnungen stelle besondere Herausforderungen an die Übersetzer, wie auch Joachim Zweig zu berichten wusste: „Ich habe einmal vier Stunden vergeblich darüber gegrübelt, wie man das Wort ‚Staat‘ in Leichte Sprache übersetzen kann.“

**„Lieber selber machen
als gar nicht!“**

Zweig wies auch darauf hin, dass es kein standardisiertes oder rechtlich verbindliches Übersetzungsprozedere gebe. Gemäß dem Motto „Nicht über uns ohne uns“ gelte laut Abend jedoch die Regel, einen übersetzten Text von mindestens drei Menschen mit Lernschwierigkeiten Korrektur lesen zu lassen. Die Betroffenen könnten meist am besten beurteilen, ob ein Text gut verständlich sei oder nicht und seien überdies in der Lage, wertvolle Hinweise zu Formulierung und Bebilderung zu liefern. Könnten diese Lektoren dann zentrale Verständnisfragen zur Übersetzung korrekt beantworten, könne der Text als leicht verständlich gelten. Das Gütesiegel für Texte in Leichter Sprache werde vom Netzwerk Inclusion Europe im Internet frei zum Download bereit gestellt.

Es sei deshalb auch nicht zwingend erforderlich, auf die Angebote professioneller Übersetzungsbüros zurückzugreifen, wie Zweig erklärte. Zwar könne auf diese Weise ein hohes Qualitätsniveau garantiert werden, wichtiger sei jedoch, dass man anfangs, sich mit Leichter Sprache auseinander zu setzen: „Lieber selber machen

als gar nicht!“ Selbstverständlich sei es nicht von allen Stellen leistbar, sämtliche Publikationen vollständig zu übersetzen. Daher biete es sich als pragmatische Lösung an, im Anschluss an das Vorwort eine kurze Zusammenfassung des nachfolgenden Textes in Leichter Sprache gut sichtbar zu platzieren. So könne ein wichtiger Beitrag zu mehr Selbstbestimmung geleistet werden. „Ziel ist es, Menschen mit und ohne Behinderung in die Lage zu versetzen, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen – auch wenn dies möglicherweise falsche Entscheidungen sind, denn Menschen irren.“ ■

Weiterführende Informationen finden Sie hier

Abend, S. (2013): **Leichte Sprache = Einfache Sprache?**

LERNEN FÖRDERN – Zeitschrift im Interesse von Menschen mit Lernbehinderungen, 2 / 2013, S. 26f.

Abend, S. (2014): **Leichte Sprache – ein immer noch unterschätzter Aspekt in der Kommunikation mit Menschen mit geistiger Behinderung.**

In: Ernst Wüllenweber (Hrsg.), Einander besser verstehen. Hilfen und Ansätze für Menschen mit geistiger Behinderung, mit Lernbehinderung und bei Autismus, Band 1, Lebenshilfe-Verlag Marburg, S. 76 - 86.

Abend S., Piasecki P., Ziegler M. & Ziegler M. (Hrsg.): **Einfache Sprache in der Bildung und Beruflichen Bildung. Herausforderungen, Voraussetzungen und Möglichkeiten von leichter Sprache in Bildung, Berufsorientierung, -ausbildung und -ausübung.** LERNEN FÖRDERN-Bundesverband, Stuttgart (im Erscheinen).

Der Bildungsbeirat der Stadt Nürnberg

Der 2008 durch den Stadtrat berufene Nürnberger Bildungsbeirat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters hat in zehn Sitzungen die Zug um Zug entstehende Bildungsberichterstattung fachlich begleitet und zu unterschiedlichen Aspekten der Nürnberger Bildungslandschaft beraten. Der Bildungsbeirat besteht aus rund 50 Bildungsexpertinnen und -experten, die überwiegend nicht der Stadtverwaltung angehören und aus unterschiedlichen Bildungssphären kommen. Neben Fachleuten aus der frühkindlichen und schulischen Bildung, aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung, aus den Hochschulen sowie aus Einrichtungen der non-formalen Bildung kommen auch Mitglieder verschiedener Organisationen der Stadtgesellschaft in den Bildungsbeirat. Der Beirat berät den Stadtrat in allen Fragen der kommunalen Bildungsarbeit. Neben dem konkreten inhaltlichen Austausch liegt die Funktion des Beirats insbesondere in der Vernetzung zwischen Bildungssphären und -akteuren. Das Bewusstsein einer bereichs- und institutionenübergreifenden Verantwortung für gelingende Bildungsverläufe in Nürnberg ist durch die regelmäßigen Treffen spürbar gestiegen.

Mitglieder des Bildungsbeirats der Stadt Nürnberg (Stand: Dezember 2014)

Oberbürgermeister Stadt Nürnberg (Vorsitz)

Dr. Ulrich Maly

Stadtverwaltung

Dr. Klemens Gsell (3. Bürgermeister Stadt Nürnberg, Geschäftsbereich Schule),
Reiner Prölb (Referat für Jugend, Familie und Soziales),
Dr. Michael Fraas (Wirtschaftsreferat),
Prof. Dr. Julia Lehner (Kulturreferat)

Stadtrat

Barbara Regitz (CSU), Helmine Buchsbaum (CSU), Claudia Arabackyj (SPD),
Dr. Anja Prölb-Kammerer (SPD), Elke Leo (Bündnis 90 / Die Grünen), Andrea Bielmeier (Bündnis 90 / Die Grünen),
Dr. Christiane Alberternst (Ausschussgemeinschaft / FDP), Jan Gehrke (Ausschussgemeinschaft / ÖDP)

Staatliche Schulaufsicht

Hildegund Rüger (Regierung von Mittelfranken, Bereich Schulen), Stefan Kuen (Staatliches Schulamt),
Hansjörg Bosch (MB für die Berufs- und Fachoberschulen in Nordbayern),
Joachim Leisgang (MB für die Gymnasien in Mittelfranken), Johann Seitz (MB für Realschulen in Mittelfranken)

Frühkindliche Bildung

Pfarrer Alexander Gießen (Kath. Kirchenstiftung St. Ludwig), Diakon Gerhard Gruner (Stadtmission Nürnberg)

Eltern- und Familienbildung

Maria Siegel (Evangelische Familien-Bildungsstätte)

Schulische Bildung

Gabriele Kukla (Grundschule Friedrich-Hegel-Schule), Jan Titgemeyer (Friedrich-Wilhelm-Herschel Mittelschule), Gertrud Oswald (Förderzentrum Jean-Paul-Platz),
Norbert Weinecke (Peter-Henlein-Realschule), Wilfried Büttner (Pirckheimer-Gymnasium), Gerhard Helgert (Gemeinschaft Freie Schulen), Michael Adamczewski (Berufliche Schule 11)

Berufliche Weiterbildung und sozial-integrative Bildung

Prof. Dr. Eckart Severing (Forschungsinstitut Betriebliche Bildung), Dr. Siegfried Grillmeyer (Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus), Stephan Koller (Bildungsfairbund e.V.)

Kulturelle Bildung / Non-formale Bildung

Andrea Erl (Theater Mumpitz), Prof. Dr. Eckart Liebau (Ehemals Universität Erlangen-Nürnberg Institut für Pädagogik), Russalka Nikolov (DB Museum)

Hochschulen

Prof. Dr. Michael Göhlich (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Prof. Dr. Kathrin Winkler (Evangelische Hochschule Nürnberg), Prof. Dr. Michael Braun (Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm), Prof. Dr. Martin Ullrich (Hochschule für Musik Nürnberg)

Wirtschaft und Arbeit

Udo Göttemann (Industrie- und Handelskammer für Nürnberg), Wolfgang Uhl (Handwerkskammer für Mittelfranken), Gisela Scherer (Agentur für Arbeit)

Berufsorganisationen

Stefan Doll (DGB Deutscher Gewerkschaftsbund), Sandra Schäfer (NLLV Nürnberger Lehrer- und Lehrerinnenverein), Dr. Cornelia Kirchner-Feyerabend (Philologenverband Mittelfranken), Klaus Janetzko (vlb Verband der Lehrer an Beruflichen Schulen, Kreisverband Nürnberg)

Stadtgesellschaft

Jutta Ebentheuer, Günter Frank (Behindertenrat der Stadt Nürnberg), Sandra Müller (Kreisjugendring Nürnberg-Stadt), Gerhard März (AGEB Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte an Nürnberger Realschulen und Gymnasien), Bernd Zinkel (NEV Nürnberger Elternverband), Stefan Sindensberger (GEB KiTa Gesamt-Elternbeirat KiTa e.V. Nürnberg), Werner Reichel (GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Dr. Erna Malygin, Angela Trumheller (Rat für Integration und Zuwanderung), Paula Hofmann (Stadt-SMV Nürnberg e.V.), Dr. Erika Reibstein (Stadtseniorenrat)

Wohlfahrtspflege

Christiane Paulus (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Bezirksverband Mittelfranken)

Regionale Vernetzung

Dr. Christa Standecker (Europäische Metropolregion Nürnberg e.V.)

Chancen, Risiken und Nebenwirkungen

Bildungsbeirat diskutierte über neue Wege und Chancen im Bildungssystem



Die erste Sitzung des Bildungsbeirats in der neuen Stadtratsperiode fand im großen Sitzungssaal im Rathaus statt.

Immer wieder löst die Gliederung des bayerischen Schulsystems und das frühe Ende des gemeinsamen Lernens nach der vierten Grundschulklasse kontroverse Debatten aus. Die über alle Reformen hinweg und unberührt von Strukturveränderungen in anderen Bundesländern erhaltene Dreigliedrigkeit von Mittel-, Realschule und Gymnasium (ganz abgesehen von den Förderschulen) spiegelt auch die funktionale Hierarchie der Abschlüsse wider, die traditionell zur dualen und zur fachschulischen Ausbildung oder zur Hochschule hinführen.

Weitgehend unberührt von systemischen und ideologischen Grundsatzdiskussionen – und teilweise auch in deren Schatten – hat sich in den letzten Jahrzehnten das schulische, hochschulische und berufliche Bildungswesen stark ausdifferenziert. Neue Wege führen zu Abschlüssen, die mindestens formal und funktional dem „Königsweg“ über Gymnasium, Abitur und Universität gleichgestellt sind und gute berufliche Erfolgsaussichten bieten. Zudem reift angesichts des in manchen Branchen drohenden Fachkräftemangels bei Arbeitgebern und Politik die Erkenntnis, dass es sich lohnt, Wissen, Können und Talent sowohl derjenigen, die aus dem Ausland spät ins deutsche Bildungssystem einsteigen, als auch derjenigen, die im ersten Anlauf im Bildungssystem gescheitert sind, zu fördern und zu mobilisieren. Neue Zugänge und Anschlüsse werden daher geschaffen – Stichworte sind beispielsweise die Anerkennung aus-

ländischer Berufsabschlüsse, berufliche Teilqualifikationen und das Nachholen von Schulabschlüssen. Der Deutsche und der Europäische Qualifikationsrahmen, die die formale Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Ausbildungen konsequent festschreiben, tun schließlich das Ihre, um an tradierten Bildungshierarchien zu rütteln – mit zunehmend spürbaren Folgen im Selbstverständnis der Professionen, der Institutionen und der Teilsysteme des Bildungswesens.

Vielfalt und Differenziertheit von Bildungswegen in Nürnberg

Mit exemplarischen Erscheinungsformen dieser Ausdifferenzierung und Flexibilisierung auf die Nürnberger Bildungslandschaft hat sich der Nürnberger Bildungsbeirat in seiner ersten Sitzung nach der Neuberufung am 7. November 2014 befasst. Oberbürgermeister Ulrich Maly verlieh einleitend dem Wunsch Ausdruck, dass im Bildungsbeirat auch in der neuen Periode nach Wiederbestellung durch den Stadtrat bereichsübergreifend diskutiert werde. Insbesondere sollten, nachdem die Bildungsberichterstattung mit den Nürnberger Bildungsberichten Grundinformationen regelmäßig zur Verfügung stellt, nun die Übergänge zwischen Bildungsbereichen und -institutionen bearbeitet werden.

Die gemeinsamen Ziele, in Nürnberg bessere Bildungsergebnisse zu bekom-

men, Teilhabe und Zugänge zu Bildung zu ermöglichen und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen, sind durch verstärkte Abstimmung und Kooperation an diesen Schnittstellen am effektivsten zu verfolgen. Andererseits ist an diesen Übergängen die Gefahr des individuellen Scheiterns besonders hoch. Daher fordert der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2012“ die Herausbildung neuer Steuerungs- und Kooperationsformen zwischen den Teilsystemen, die Stärkung der Bildungsplanungskompetenz von Individuen und die Entwicklung neuer politischer Kooperationsmodelle.

Zweite Chancen am Nürnberger Bildungszentrum

In sechs Kurzvorträgen beleuchteten in der Beiratssitzung Expertinnen und Experten Differenzierungsmöglichkeiten in Nürnberg. Ursula Klimiont vom Bildungszentrum (BZ) stellte einschlägige Angebote der städtischen Volkshochschule vor. Mit dem Alphazentrum wendet sich das BZ an erwachsene Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen, die nicht ausreichend lesen und schreiben können. Die „Alpha-Werkstätten“ sind niedrigschwellig zugänglich, führen zunächst nicht zu einer formalen Qualifikation, aber legen für so genannte funktionale Analphabeten den Grundstein zu weiteren Bildungswegen. Ähnliches gilt für die Deutschwerkstätten, in denen nicht deutschsprachige Erwachsene unabhängig vom Aufenthaltsstatus die Sprache in Wort und Schrift erlernen können.

Brücken ins System der formalen Bildung bauen die im Bildungszentrum seit langem angebotenen Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen. Durch eine Externprüfung an öffentlichen Mittelschulen kann der erfolgreiche, qualifizierende oder mittlere Schulabschluss erworben werden. Seit 2009 sind im Alphazentrum (mehr als vervierfacht auf knapp 900 Teilnahmen 2013) und bei den Schulabschlüssen (verfünffacht auf gut 500 Teilnahmen 2013) deutliche Zuwächse zu verzeichnen, die die steigende Bedeutung dieser nachholenden Bildungsabschlüsse widerspiegeln. Die sehr heterogene Zusammensetzung der Lernenden ist einer-

seits durch die deutlich gestiegene neue Zuwanderung aus dem Ausland geprägt – Asylsuchende, Geduldete und Menschen mit befristetem Aufenthaltsstatus stellen ein gutes Drittel in diesen Kursen – und verweist andererseits bei fast zwei Dritteln Deutschen oder unbefristet hier Lebenden, darunter viele Bildungsinländer, auf verpasste Chancen in der schulischen Regelbiografie.

Klimiont thematisierte in ihrem Vortrag die Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen, die eine weitere Differenzierung, beispielsweise durch Vorbereitungslehrgänge zum Qualikurs, maßgeschneiderte Deutschlernangebote und modulare Kurse für bereits höher schulisch gebildete junge Flüchtlinge, erforderlich machen. Die hierfür nötigen Mittel sind selten als Regelfinanzierung vorhanden, sondern müssen über Förderanträge an EU, Bund und Land akquiriert werden. Diese befristete Patchwork-Finanzierung weist auch darauf hin, dass Differenzierung und Durchlässigkeit zwar politisch erwünscht, aber längst noch nicht zum Regelfall geworden ist.

Schulabschlüsse auf dem zweiten Bildungsweg

Innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems führen die städtischen Schulen des zweiten Bildungswegs alternativ zu Schulabschlüssen; sie tun dies im Unterschied zu privaten Instituten kostenfrei.

Die Abendrealschule an der städtischen Veit-Stoß-Realschule, im Beirat vorgestellt von Direktorin Siegrun Graff, ermöglicht berufsbegleitend den Erwerb der Mittleren Reife. Neben Schülerinnen und Schülern, die – wie früher üblich – diesen Ausbildungsgang aus einer gefestigten materiellen und persönlichen Position heraus als Etappe der Bildungs- und Berufsbiografie planen, besuchen die Abendrealschule zunehmend auch Personengruppen, die auf dem ersten Bildungsweg gescheitert oder erst spät nach Deutschland eingereist sind. Viele von ihnen haben aktuell einen prekären Aufenthaltsstatus. Sie benötigen besondere Unterstützung und Beratung – psychologisch, pädagogisch, finanziell – damit sie die „zweite Chance“, die für viele angenommen die erste ist, erfolgreich nutzen können. Berufsbegleitend Lernende berichteten hingegen, dass Arbeitgeber anders als früher den Besuch der Abend-

schule nicht als Ausweis besonderer Leistungsfähigkeit, sondern eher skeptisch als potenzielle Ablenkung betrachteten. Dies, so Graff, zeige, dass auch auf dieser Ebene Aufklärungsarbeit und Werbung für den zweiten Bildungsweg nötig sei.

Das Nürnberger Hermann-Kesten-Kolleg als Gymnasium dieses zweiten Bildungswegs kann als Tagesschule dagegen nicht berufsbegleitend besucht werden. Die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler hat sich nach dem Bericht der Schulleiterin Hannelore Rühr ähnlich wie bei der Abendrealschule verändert: Waren es anfangs überwiegend Berufstätige, die sich für die Höherqualifizierung am Kolleg entschieden hatten, um durch ein anschließendes Studium ihre beruflichen Chancen zu erhöhen, so fänden sich heute unter den Bewerberinnen und Bewerbern vermehrt Personen, die keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle finden. Hinzu kommen auch am Kolleg spät Eingereiste mit geringen Deutschkenntnissen. Die Heterogenität der Studierenden stellt neue pädagogische Anforderungen an die Schule und deren Lehrkräfte.

Zur Hochschulreife an der Beruflichen Oberschule

Bestandteil des beruflichen Schulwesens, aber hinführend auf allgemeinbildende Schulabschlüsse, ist die Berufliche Oberschule mit den Elementen Fachoberschule (FOS) und Berufsoberschule (BOS), vorgestellt von Hansjörg Bosch, Ministerialbeauftragter für die Berufliche Oberschule in Nordbayern. Während die stark wachsenden Fachoberschulen von vielen jungen Menschen unmittelbar im Anschluss an die Mittlere Reife besucht und insofern als direkter Weg zur Hochschulreife wahrgenommen werden, wendet sich die Berufsoberschule an Schülerinnen und Schüler, die eine berufliche Ausbildung erfolgreich absolviert haben.

In ein oder zwei Jahren führen FOS und BOS zum Fachabitur, nach einem zusätzlichen Schuljahr zur allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife. Die Unterschiede der Curricula und Profile der „Zubringerschulen“ Mittelschule (M-Zweig), Wirtschaftsschule und Realschule, aber auch divergierende individuelle Voraussetzungen machen eine gute Kooperation der Schularten und maßgeschneiderte vorbereitende Angebote (Vorklassen, Vorkurse mit unterschied-

Impressionen aus dem Nürnberger Bildungsbeirat



Altbekannte und neue Gesichter im Nürnberger Bildungsbeirat (von oben): Vorsitzender Oberbürgermeister Ulrich Maly und die Leiterin des Bildungsbüros Elisabeth Ries; im Vordergrund Eckart Liebau (Kulturelle Bildung) und Erna Malygin (Integrationsrat); Schulbürgermeister Klemens Gsell, Sozialreferent Reiner Prölß und OB Maly; Udo Göttemann (IHK Mittelfranken, li.) und Eckart Severing (Forschungsinstitut Berufliche Bildung); (Foto unten, v.l.n.r.) Stefan Sindensberger (GEB Kita), Andrea Bielmeier, Elke Leo (beide B90/Die Grünen) und Gerhard Helgert (Gemeinschaft Freie Schulen)

lichem Profil sowie virtuelle Lehrgänge im Netz) erforderlich. Ziel ist es, die zum Teil hohe Abbruchquote insbesondere an der FOS zu senken, erfolgreiche Abschlüsse und letztlich die Studierfähigkeit zu ermöglichen.

Dieser Blick auf das System der FOS/BOS zeigt exemplarisch, dass die zunehmende Vielfalt verschiedener Bildungswege zusätzlich einher geht mit einer Binnendifferenzierung innerhalb einzelner Stränge, die der systemischen und individuellen Heterogenität Rechnung trägt, zugleich aber die Komplexität des Schulsystems weiter erhöht.

Berufliche Teilqualifizierungen für Quereinsteiger bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken

Auch in der beruflichen Bildung ist, unter anderem mit dem Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die Möglichkeit, Ausbildungsinhalte und Zertifikate nachzuholen und modular zu absolvieren, in den Fokus gerückt. Udo Göttemann, Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, stellte das Pilotprojekt berufliche Teilqualifizierungen vor. Diese werden in Nürnberg in fünf technischen Berufen angeboten, eine Erweiterung um kaufmännische Berufe wird angestrebt.

Die IHK teilt die von der Handwerkskammer geäußerte Skepsis gegenüber einem im Vergleich zur vollständigen dualen Ausbildung reduzierten Bildungsgang durchaus, hat sich aber unter Abwägung der Argumente für die Durchführung entschieden. Die erreichte Zielgruppe ist überwiegend älter als 40 und findet in der Regel keinen dualen Ausbildungsplatz mehr, so dass die modulare Qualifizierung aus Sicht Göttemanns als zweitbeste Lösung akzeptabel sei. Zudem bleibt die Möglichkeit, durch Absolvieren aller Module die Ausbildung komplett abzuschließen und damit einen vollwertigen Berufsabschluss zu erwerben. Die Zertifikate über einzelne Module haben keinen formalen Wert im Sinne eines Berufsabschlusses, können potenziellen Arbeitgebern aber Hinweise auf den Kenntnisstand der Bewerber liefern und deren Selbsteinschätzung verbessern.

„Karriereprogramm Handwerk“ der Handwerkskammer für Mittelfranken

Eine andere Gruppe von Aus- und Umsteigern hat die Handwerkskammer für Mittelfranken im Blick. Matthias Braun, Abteilung Berufsbildungs- und Prüfungswesen, stellte das „Karriereprogramm Handwerk“ vor, das Studienabbrecherinnen und -abbrechern eine so genannte Premiumausbildung vermittelt. Vor dem Hintergrund, dass rund ein Viertel der Studierenden die Hochschule ohne verwertbare berufliche Qualifikation verlassen, sieht die HWK hier ein großes Potenzial an Führungsnachwuchs, der angesichts verbreiteter anstehender Betriebsnachfolge dringend gesucht wird.

Das Ausbildungsprogramm bietet die Anrechnung von Studienmodulen, Kombimodelle aus verkürzter Erstausbildung und Meister- bzw. Fortbildungslehrgängen sowie die erleichterte Zulassung zur Externenprüfung. Es verbindet die duale Ausbildung mit Elementen der Meisterausbildung und bietet so in vergleichbarer Zeit die Möglichkeit, einen im Deutschen Qualifikationsrahmen mit dem Bachelor gleichwertigen Abschluss zu erwerben. Kombiniert mit der Ausbildungsvergütung und der mittelfristigen Perspektive auf Übernahme verantwort-

schaft tatsächlich bereits verstanden und anerkannt ist.

Folgen der Differenzierung für die Bildungspraxis in Nürnberg

Die im Bildungsbeirat aufgezeigten Beispiele stellen Schlaglichter auf die Vielfalt und Differenziertheit möglicher Bildungswege dar. Nur ansatzweise gelöst ist die Frage der bildungsbereichsübergreifenden Beratung. Schul-, Hochschul- und Berufsberatung decken jeweils Teile ab, sind jedoch zumeist nicht dafür ausgestattet, eine umfassende, individuell der jeweiligen Bildungsbiografie angepasste Beratung zu geben, die unterschiedliche Bildungssphären berücksichtigt. Die gesamtgesellschaftliche Diskussion um Hierarchie und echte Gleichwertigkeit unterschiedlicher Profile – etwa von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, beruflicher und hochschulischer Bildung – steht trotz der formalen Gleichwertigkeit von Abschlüssen erst am Anfang.

Pragmatisch für Nürnberg, so das Zwischenfazit der Sitzung des Bildungsbeirats, gilt es vorhandene Möglichkeiten und Zugänge besser bekannt und möglichst allen Interessierten zugänglich zu machen. Mittel- und langfristig werden



Siegrun Graff, Direktorin der Abendrealschule Nürnberg (li.) und Hannelore Rühr vom Hermann-Kesten-Kolleg berichteten im Bildungsbeirat aus der Praxis ihrer Schulen des Zweiten Bildungswegs.

licher Aufgaben im Betrieb sieht die Kammer hier eine formal, finanziell und in der Entwicklungsperspektive attraktive Alternative zu Studium und anschließendem Berufseinstieg. Dieses und andere Modelle der Verzahnung und der Übergänge von beruflicher und hochschulischer Ausbildung werfen, so Braun, insgesamt die Frage auf, inwieweit die formale Gleichwertigkeit der Bildungssysteme in Politik, Wirtschaft, Bildungssystem und Gesell-

Durchlässigkeit, Differenzierung und Flexibilisierung der Bildungspraxis in Nürnberg weiterhin zunehmen und damit an Aktualität für das kommunale Bildungsmanagement gewinnen. Bereits heute werden aber die darin liegenden Chancen, Risiken und Nebenwirkungen für Individuen und Teilsysteme der Bildungslandschaft in Nürnberg sichtbar und verdienen verstärkt Beachtung. ■

Breit angelegte Strategiediskussion zum Nürnberger Modell

Übergang Schule – Berufsausbildung hat begonnen

Am 3. Juli 2014 tagten der Schulausschuss und der Jugendhilfeausschuss des Stadtrates in einer gemeinsamen Sitzung und verhandelten das „Nürnberger Modell Übergang Schule – Berufliche Ausbildung“. Nach der Vorlage des Evaluationsberichts zentraler Maßnahmen des Übergangsmanagements in Nürnberg durch das Bildungsbüro fassten beide Ausschüsse nach eingehender Diskussion einstimmig folgenden Beschluss:

1. Das Nürnberger Modell Übergang Schule – Berufliche Ausbildung mit den Kernelementen SCHLAU, QUAPO, Kompetenzagentur und einer Koordination im Bildungsbüro soll im derzeitigen Status Quo zunächst für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 weitergeführt und die Ressourcen durch die Verwaltung erneut zum Haushalt angemeldet werden.

2. Darüber hinaus muss das Übergangsmanagement an neue Herausforderungen angepasst und müssen Angebotslücken identifiziert und geschlossen werden. Ein entsprechender Strategieprozess ist zeitnah unter Federführung des Bildungsbüros mit den städtischen Geschäftsbereichen Schule und Jugend, Familie und Soziales aufzusetzen. Außerstädtische Partner sind einzubeziehen. Die Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2015 dem gemeinsamen Schul- und Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Sowohl der Berufsbildungsbericht 2013 als auch der Evaluationsbericht über

das Nürnberger Modell zeigten, dass sich die Ausbildungssituation in Nürnberg insgesamt zwar verbessert hatte, aber nicht alle Gruppen junger Menschen davon profitieren.

Im September 2014 nahm nun das Bildungsbüro in enger Abstimmung mit dem Geschäftsbereich Schule des 3. Bürgermeisters und dem Sozialreferat die Umsetzung des Beschlusses auf. Erste Ergebnisse sollen in der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse im Sommer 2015 vorgelegt werden.

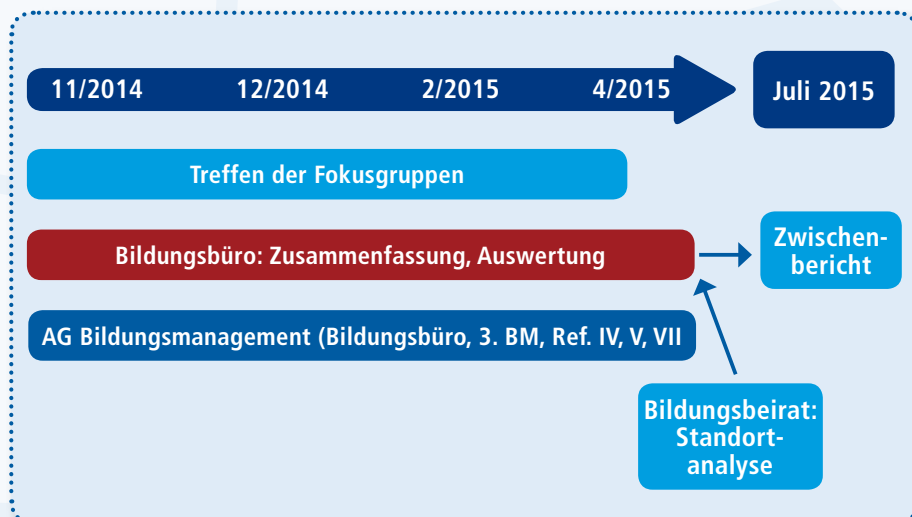
Einerseits erfolgt eine Analyse der sehr unterschiedlichen Lebenssituationen ausgewählter Gruppen junger Menschen vor und nach dem Übergang in Ausbildung, nicht zuletzt, um die Passgenauigkeit und Wirksamkeit existierender Angebote in Nürnberg zu überprüfen und eventuell erforderliche neue Angebote der Beratung, Orientierung und Begleitung zu skizzieren.

Zum anderen ist eine wirtschaftspolitische Analyse des Ausbildungs- und Wirtschaftsstandorts der Region Nürnberg erforderlich, um einen Beitrag zur Sicherung des mittel- und langfristigen Fachkräftebedarfs in der Region Nürnberg zu leisten und jungen Menschen Orientierung bei der Wahl zukunftsreicher Berufe geben zu können. Diese sehr unterschiedlichen Perspektiven erfordern die Beteiligung unterschiedlicher Akteure und verschiedene Arbeitsmethoden.

Perspektive „Junge Menschen am Übergang“

Für den erstgenannten Arbeitsauftrag wurde ein partizipatives Verfahren mit der Fachbasis gewählt. Seit November 2014 treffen sich Akteure der Fachpraxis in vier multidisziplinär zusammengesetzten Fokusgruppen, um die Probleme der Gruppen zu analysieren, die im Bildungs- und Ausschussbericht als besonders benachteiligt identifiziert wurden. Dabei handelt es sich um

- Jugendliche mit multiplen Problemlagen, aktive und passive Schulverweigerer und Schulverweigerinnen, „losgelöste“ Jugendliche und junge Erwachsene, die aus allen Regelsystemen heraus gefallen sind, ältere Jugendliche und junge Erwachsene mit oder ohne Schulabschluss, aber ohne Berufsausbildung, die nachträglich eine Ausbildung machen oder in den Arbeitsmarkt integriert werden möchten, Schüler/-innen der JoA-Klassen an Berufsschulen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz;
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, späteingereiste Jugendliche und junge Erwachsene ohne (ausreichende) Deutschkenntnisse;
- Schulabgänger/-innen mit und ohne Schulabschluss aus Mittelschulen, Realschulen, Gymnasien, Fachoberschulen und aus Förderzentren, Schulabgänger/-innen aus Förderzentren ohne Begutachtung, aber mit weiterhin bestehendem besonderem Förderbedarf, die nicht ohne Unterstützung oder Beratung in eine Berufsausbildung einmünden;
- Ausbildungswechsler/-innen, Ausbildungsabbrecher/-innen, von Insolvenzen betroffene Auszubildende, Auszubildende am Übergang in den Beruf nach der Ausbildung.



Strategieprozess im Zeitverlauf, Quelle: Eigene Darstellung.

Jede Fokusgruppe besteht aus acht bis zwölf Expertinnen und Experten, die sich drei- bis viermal treffen. In einem Dreischrittverfahren werden aus Sicht der Praxis die Probleme beschrieben und analysiert und daraus Handlungserfordernisse abgeleitet. Die Moderation der Fokusgruppen sowie die Ergebnissicherung übernimmt das Bildungsbüro.

Die Prozesse und Ergebnisse jeder Gruppendiskussion werden dokumentiert und verwaltungsintern in die städtischen Geschäftsbereiche zurückgespiegelt.

Perspektive „Wirtschaftsstandort und Fachkräftesicherung“

Neben der gruppenbezogenen Betrachtung des Übergangsmanagements müssen auch wirtschaftsstrategische Fragen sowie Fragen nach einem geeigneten Berufsmarketing für die Region beantwortet werden, um Aussagen darüber zu erhalten, welche Berufe mittel- und langfristig auf dem Arbeitsmarkt bestehen können und welche Schlüsselqualifikationen benötigt werden. Auch um Hinweise für eine Neujustierung der Berufsberatung und der Berufsorientierung in Schule, Praktikum und Gesellschaft wird es dabei gehen.

Diese Fragen können nicht auf der Ebene der Praktiker beantwortet werden, da sie nicht erfahrungs-, sondern prognosegeleitet sowie auf einer höheren Abstraktionsebene diskutiert werden müssen. Dazu ist ein Diskurs zwischen der Stadtspitze, also dem Oberbürgermeister sowie den zuständigen Geschäftsbereichsleitungen einerseits und der Wissenschaft, den Kammern und den Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung sowie ggf. den Wirtschaftsverbänden andererseits erforderlich. Dieser Diskurs soll auch im Mittelpunkt der Sitzung des Nürnberger Bildungsbeirats im Mai 2015 stehen. ■

Neues Projekt: Transferagentur Bildungsmanagement Bayern

Beratung für Städte und Landkreise

Im Bundesprogramm Lernen vor Ort entwickelten von 2009 bis 2014 über 30 Städte und Gemeinden in Deutschland Modelle einer datenbasierten Steuerung der kommunalen Bildungslandschaft. In Nürnberg wird diese Arbeit seit dem Ende der Programmlaufzeit vom städtischen Bildungsbüro fortgeführt. Mit der bundesweiten Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement soll nun das in Lernen vor Ort entwickelte Know-How den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, die sich ebenfalls auf den Weg machen möchten, ein kommunales Bildungsmanagement einzuführen.

Als eine von bundesweit neun Transferagenturen berät und unterstützt die Transferagentur Bayern interessierte Städte und Landkreise und greift dabei auf den gesamten Erfahrungsschatz von fünf Jahren Lernen vor Ort in Deutschland zurück. In Bayern wird die Transferagentur von zwei Trägern im Verbund betrieben. Während das Deutsche Jugendinstitut von seinem Standort in München aus Beratungsleistung anbietet, unterhält die Europäische Metropolregion Nürnberg ein Büro in Nürnberg. Der offizielle Startschuss fiel bei einer Auftaktveranstaltung am 21. Januar 2015

auf der Kaiserburg in Nürnberg, wo sich die Transferagentur den kommunalen Spitzen und weiteren, potenziellen Kooperationspartnern vorstellte. Interessante Beiträge zu Funktionsweise und Relevanz eines kommunalen Bildungsmanagements lieferten:

- Stefan Müller (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung)
- Elfriede Ohrnberger (Ministerialdirigentin im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst)
- Dr. Ulrich Maly (Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Vorsitzender des Bayerischen und Präsident des Deutschen Städtetags)
- Armin Kroder (Ratsvorsitzender der Europäischen Metropolregion Nürnberg und Landrat Nürnberger Land)
- Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Direktor des Deutschen Jugendinstituts)

Unmittelbar vor Beginn der offiziellen Veranstaltung fand die Gründungssitzung eines Beirats für die Bayerische Transferagentur statt. Dieser wird hochrangig besetzt sein mit Vertreterinnen und Vertretern des Bayerischen Kultusministeriums, des Städte-, Landkreis- und Gemeindetags sowie des Stiftungsverbunds Lernen vor Ort. Aufgabe des Agenturbeirats ist es, die Arbeit der Agentur zu reflektieren und Anregungen für deren strategische Umsetzung zu liefern. Außerdem dient er als Kommunikationskanal in die genannten Gremien.

Weiterführende Informationen zum Verbundprojekt finden sich unter www.transferagentur-bayern.de oder unter 09 11 / 2 31-1 41 47. ■



Team Bildungsbüro

Dr. Martin Bauer-Stiasny (Koordination), Birgit Eckl, Brigitte Fischer-Brühl, Dr. Andrea Knecht, Martin Kypta, Andrea Müller, Elisabeth Ries (Leitung), Martina Schuster, Martina Seel

Die Texte in Leichter Sprache sind in Kooperation mit Sonja Abend, Universität Köln, entstanden.

Impressum

Stadt Nürnberg
Bürgermeisteramt / Bildungsbüro
Unschlittplatz 7a, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 2 31-1 45 65
Fax: 09 11 / 2 31-1 41 17
bildungsbuero@stadt.nuernberg.de
www.bildungsbuero.nuernberg.de
Fotos: Rudi Ott
Grafik: Maja Fischer
Verantwortlich für den Inhalt: Elisabeth Ries
Druck: Nova Druck Goppert GmbH
Andernacher Str. 20, 90411 Nürnberg